

SOZIALE SICHERHEIT

FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG



Statistiken 2017

Personenbezogene Daten

Vertragliche und (zusätzlich) privat honorierte Tätigkeit

VwGH: Ohne ausdrückliches Verbot darf ein Vertragsarzt im Zweifach Wahlarzt sein

11. Sozialstaatsenquete

Technischer Fortschritt – für wen?
 Die Folgen für den Arbeitsmarkt
 und wachsende Ungleichheit.
 Versuch einer politischen Antwort

Von der Share zur Fair Economy

Lohnverrechnungssystem

Vorteile der monatlichen Beitragsgrundlagen-
 meldung für Dienstgeber, Versicherte
 und die Sozialversicherung





FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Februar-Ausgabe berichtet im aktuellen Teil über den Vollausbau des Service-Portals der Sozialversicherung, in dem nun 58 Online-Services verfügbar sind. Am 17. Jänner fand in den Räumen des vom Hauptverband seit fast 40 Jahren genutzten Gebäudes die sogenannte „Abrissparty“ statt, bei der viele, mitunter auch durch Emotionen geprägte Erinnerungen aus dem gemeinsamen Arbeitsleben wach wurden.



In Niederösterreich wurde der Vorsorgepreis 2018 an ein Entwicklungsprojekt der NÖ Gebietskrankenkasse vergeben – die *Soziale Sicherheit* berichtet darüber – und aus der NÖGKK wird auch von einem weiteren Projekt, eine Studie und Lehrerfortbildung zum Klettern mit Kindern und Jugendlichen, berichtet.

Wie alljährlich im Februar werden personenbezogene, pseudonymisierte Daten der für die Statistik zuständigen Abteilung von den beiden Autorinnen Gerlinde Korn und Mag. Beate Schmotzer publiziert. Für das Jahr 2017 sind es wieder die Daten zum Beschäftigtenstand, aber auch zu sämtlichen Erwerbstätigen (inkl. Selbständige und Bauern) sowie zur Anzahl der Pensionen, Mehrfachbezügen an Pensionen, erhoben zum Stichtag 1. Juli 2017.

Aus der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes wird von Dr. Markus Kletter (Sbg. GKK) ein Fall aus der Steiermark erörtert, der die Frage zum Gegenstand hat, ob durch einen Vertragsarzt im Fach Allgemeinmedizin, der in seinem Zweitfach (z. B. Gynäkologie), auf das der Einzelvertrag nicht ausgestellt ist, erbrachte Leistungen, die er am Sitz der Vertragsordination erbringt, mit der Stmk. GKK als Privat-honorare verrechnet werden dürfen. Dabei steht die Frage der Gesetzesauslegung im Zentrum und inwieweit der Normsetzer Gesamtinteressen zu berücksichtigen hatte, die in Einzelfällen und zu anderen Zeitpunkten nicht sogleich in den Blickpunkt rücken.

In weiterer Folge wird auf die 11. Sozialstaatsenquete im Hauptverband vom Herbst 2017 Bezug genommen, wobei es um plattformbasierte Arbeit in Österreich sowie Europa ging und die überarbeiteten Vortragsfassungen von Maximilian Kasy (IHS, Harvard) und MMag. Peter Wieser (MA 23, Wien) präsentiert werden.

Abschließend wird vom DI Markus Frühwirth (HVB) über die bisher größte Reform des derzeitigen Lohnverrechnungssystems informiert, die im Jänner 2018 begann und damit einige Forderungen aus dem aktuellen Regierungsprogramm erfüllt.


Dr. Wilhelm Donner

Impressum

Soziale Sicherheit, 71. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Wurzer, 1030 Wien, Haidingergasse 1, E-Mail: presse@sozialversicherung.at, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 D. • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, istockphoto.com, Fotolia.com • Cover-Layout & Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) Layout und Produktion: Atelier Indra Heim, 1020 Wien (Büro) • Hersteller: Gutenberg-Werbering GmbH, Anastasius-Grün Straße 6, 4020 Linz • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen. • Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages oder Autors ausgeschlossen ist. Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor

Nr. 2, herausgegeben im Februar 2018



Aktuell

- 42 „Das geht jetzt online!“ – mit MeineSV
- 43 Abrissparty des Hauptverbandes im Jänner 2018
- 44 NÖGKK-Entwicklungsprojekt „Gesundheit führt!“ gewinnt den Vorsorgepreis 2018 des Landes Niederösterreich
- 45 „Kraxel rauf!“ – „Climb High“-Studie belegt Gesundheitsförderung durch Klettern
Barbara Fischer-Perko MA

Fachbeiträge

- 48 Personenbezogene Statistiken 2017
Gerlinde Korn, Mag. Beate Schmotzer
- 57 VwGH: Ohne ausdrückliches Verbot darf ein Vertragsarzt im Zweitfach Wahlarzt sein
Dr. Markus Kletter

11. Sozialstaatsenquete

- 70 Technischer Fortschritt – für wen? Die Folgen für den Arbeitsmarkt und wachsende Ungleichheit. Versuch einer politischen Antwort
Maximilian Kasy PhD
- 75 Von der Share zur Fair Economy
MMag. Peter Wieser

Information

- 80 Vorteile der monatlichen Beitragsgrundlagenmeldung für Dienstgeber, Versicherte und die Sozialversicherung
DI Markus Frühwirth
- 84 Breite Gesundheitsförderung als Zeichen eines wirkungsvollen Miteinanders von Sozialversicherung und Pharmawirtschaft

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrnG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein ausschließlich des Rechtes der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm und so weiter) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechtes der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrnG), der sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrnG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrnG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrnG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechtes mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

1. März 2018

21. Jahrgang

Seite 489 bis 556

Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht



DB-Z325

In dieser Ausgabe:

• ZInsO-Aufsätze

„Kaltes Delisting“ – Versuch einer ersten Näherung an ein Rechtsanwendungsproblem (S. 489)
von Professor Dr. Stefan Smid, Kiel

Der Insolvenzplan lebt! – Die Rechtsprechung der letzten Jahre zur gerichtlichen Vorprüfung des Insolvenzplans (S. 494)
von Rechtsanwalt Dr. Jasper Stahlschmidt, Düsseldorf

Anfechtbare Rechtshandlungen nach § 133 Abs. 1 InsO bei erfolgreicher Zwangsvollstreckung in Bankkonten? (S. 501)
von Rechtsanwalt Dr. Michael Pießkalla, LL.M. Eur., München

• Meinung im Klartext

Vergütungen in Insolvenzen: Transparenz mit zweierlei Maß (S. 508)
von Thorsten Garber, Wiesbaden

• ZInsO-Rechtsprechungsreport

Fruchtloses monatelanges Beitreiben einer Forderung und Ankündigung von Teilzahlungen nach Erlass eines Vollstreckungsbescheids als kumulierende Beweisanzeichen (S. 511)
BGH, Urt. v. 18. 1. 2018 – IX ZR 144/16

Keine Anspruchsminderung wegen fahrlässigen Mitverschuldens des Geschädigten bei einer Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 Abs. 1 StGB (S. 515)
BGH, Urt. v. 19. 12. 2017 – VI ZR 128/16

Anwendbarkeit des neuen Rechts zur Vermögensabschöpfung (S. 527)
OLG Stuttgart, Beschl. v. 25. 10. 2017 – 1 Ws 163/17

Anfechtbarkeit von im Wege der Zwangsvollstreckung erlangten rückständigen Gehaltszahlungen (S. 534)
LAG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 7. 2. 2017 – 8 Sa 321/16

Keine Prüfung von Versagungsgründen bereits im Rahmen von § 287a Abs. 1 Satz 1 InsO (S. 546)
LG Nürnberg-Fürth, Beschl. v. 13. 7. 2017 – 11 T 4173/17

Zulässiger Verzicht auf Einholung einer dienstlichen Äußerung bei Richterablehnung (S. 547)
BGH, Beschl. v. 20. 11. 2017 – IX ZR 80/15

Bemessungsgrundlage für die Vergütung des Treuhänders (S. 551)
LG Ingolstadt, Beschl. v. 6. 4. 2017 – 21 T 1767/16

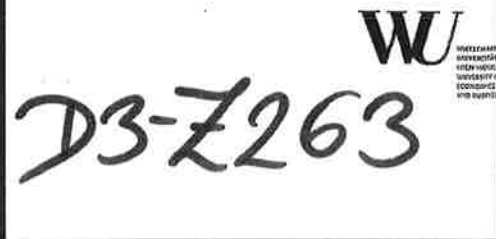
Michael Bretz
RA Dr. Christian Brünkmans
RA Dr. Jan de Weerth
Prof. Dr. Ulrich Foerste
RA Dr. Michael C. Frege
RiAG Frank Frind
RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein
Prof. Dr. Hugo Grote
RA Dr. Andreas Henkel
WP/StB Michael Hermanns
Prof. Dr. Heribert Hirte
RiAG Martin Horstkotte
Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber
RA Peter J. Hützen
RA Dr. Karen Kuder
RA Dr. Norbert Küpper
RiAG Dr. Peter Laroche
Prof. Dr. Wolfgang Marotzke
PD Dr. Sebastian Mock
RA Dr. Patrick Mückl
Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser
RA Dr. Manfred Obermüller
Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit
RA Prof. Dr. Klaus Pannen
RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape
RA Dr. Christoph Poertzen
RA Stephan Ries
Prof. Dr. Thomas Rönnau
Prof. Dr. Jessica Schmidt
RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn
RiBGH a.D. Gerhard Vill
OStA Raimund Weyand

Schriftleiter:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer



02.18



65. Jahrgang
Februar 2018
Seiten 65-128

www.DieSozialgerichtsbarkeit.de

Sozial- gerichtsbarkeit

Die Sozial- gerichtsbarkeit

Zeitschrift für
das aktuelle Sozialrecht



Herausgeber:

- Prof. Dr. Peter Axer*
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Peter Becker*
Vorsitzender Richter am BSG
- Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf*
Leibniz Universität Hannover
- Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer*
Berlin
- Dr. Christine Fuchsloch*
Präsidentin des LSG Schleswig-Holstein,
Schleswig
- Prof. em. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Gitter*
Bayreuth
- Prof. Dr. Otto Ernst Krasney*
Vizepräsident des BSG a.D.
- Dr. h. c. Peter Masuch*
Präsident des BSG a.D.
- Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Preis*
Universität zu Köln
- Prof. Dr. Rainer Schlegel*
Präsident des BSG
- Prof. Dr. Peter Udsching*
Vorsitzender Richter am BSG a.D.
- Prof. Dr. Thomas Voelzke*
Vizepräsident des BSG
- Dr. h. c. Matthias von Wulffen*
Präsident des BSG a.D.

Aufsätze

- G. Cremer*
Wie Armut bekämpfen?
- O. Seewald*
Zur Konkretisierung des Leistungsgeschehens –
Gemeinsamer Bundesausschuss oder
Gesundheitsministerium? (Teil I)
- P.-G. Stäbler*
Schulden im Sozialrecht – Beitragsrecht
- H. Loytved*
Zur Bedeutung der Art. 12 und 13 UN-BRK für
sozialrechtliche Verwaltungs- und Gerichtsverfahren

Aktuelle
Entscheidungen

Übersicht über die jüngste Rechtsprechung

Rechtsprechung
mit Anmerkungen

- BSG, Leistungsausschluss/Unionsbürger
(Anm. E. Eichenhofer)
- BSG, Zuständigkeit / GKV / GRV
(Anm. F. Temming)
- BSG, Glaubhaftigkeitsgutachten
(Anm. J. Friedrich)

Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf	
AUFSÄTZE	<i>Prof. Dr. Georg Cremer</i> Wie Armut bekämpfen? _____	65
	<i>Prof. Dr. Otfried Seewald</i> Zur Konkretisierung des Leistungsgeschehens – Gemeinsamer Bundesausschuss oder Gesundheitsministerium? (Teil I) _____	71
	<i>Paul-Gerhard Stäbler</i> Schulden im Sozialrecht – Beitragsrecht _____	81
	<i>Prof. Dr. Helge Loytved</i> Zur Bedeutung der Art. 12 und 13 UN-BRK für sozialrechtliche Verwaltungs- und Gerichtsverfahren _____	86
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung	
	<i>Bundesverfassungsgericht</i> _____	90
	<i>Bundessozialgericht</i> _____	90
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
GRUNDSICHERUNG ARBEITSUCHENDE	<i>Leistungsausschluss/Unionsbürger</i> Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG; § 7 SGB II a.F.; § 21 SGB XII, § 23 SGB XII a.F.; §§ 2, 5 FreizügG/EU Urteil des 14. Senats des BSG vom 30. 8. 2017 – B 14 AS 31/16 R – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer, Berlin</i> _____	101
REHABILITATION	<i>Zuständigkeit/GKV/GRV</i> § 14 SGB IX; § 40 SGB V; § 9 f. SGB VI Urteil des 13. Senats des BSG vom 16. 6. 2015 – B 13 R 12/14 R – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Felipe Temming, Hannover</i> _____	103
OPFERENTSCHÄDIGUNG	<i>Glaubhaftigkeitsgutachten</i> §§ 1, 10a OEG; § 15 KOVFG Urteil des 9. Senats des BSG vom 15. 12. 2016 – B 9 V 3/15 R – <i>Anmerkung von Johannes Friedrich, Regensburg</i> _____	116
KURZ NOTIERT	Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbands e.V. _____	126
TAGUNGSHINWEIS	16. Kölner Sozialrechtstag _____	128
GESAMTSCHAU	_____	V





Vereinbarkeit Familie & Beruf

Sozialschutz

Mindesteinkommen

Alterseinkünfte

Gesundheitsversorgung

Langzeitpflege

Inklusion

Sozialpolitische Grundsätze

Die Europäische Säule Sozialer Rechte

KOALITIONSVERTRAG *Was die Vereinbarungen zur Rente bringen*

PFLEGE UND BERUF *Wenn Beschäftigte Angehörige pflegen*

FAMILIENLEISTUNGEN *Was sich in diesem Jahr ändert*

INKLUSIVE
RECHTSPRECHUNG

SoSi plus


BUND
VERLAG

Titelthema

Soziales



**Sozialpolitische Grundsätze
Die Europäische Säule Sozialer Rechte**

Die EU soll sozialer werden. Das erscheint auch nötig. Denn während der Finanz- und Wirtschaftskrise waren in etlichen Mitgliedstaaten soziale Rechte eingeschränkt worden. Lange hat die EU-Kommission an einem Maßnahmenpaket für ein sozialeres Europa gewerkelt: Am 17. November 2017 wurde schließlich eine »Europäische Säule Sozialer Rechte« feierlich proklamiert. Was sich dahinter verbirgt, wird hier erläutert. Ein »harter« Baustein der Säule zielt auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gibt es bereits einen Richtlinienvorschlag. Was bringt er?

- 49 **HANS NAKIELSKI**
Wird Europa sozialer?
Europäische Säule Sozialer Rechte
- 49 **SUSANNE WIXFORTH**
Europäische Säule Sozialer Rechte
Eine neue EU mit sozialerem Gesicht?
- 56 **MARTA BÖNING**
Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
Work-Life-Balance als Bestandteil der Europäischen Säule Sozialer Rechte



- Position** 44 **JOACHIM BREUER**
Soziale Sicherheit fit für das digitale Zeitalter machen

- Magazin** 45 Neuer Pflege-Qualitätsbericht des Medizinischen Dienstes:
Verbesserungen, aber auch etliche Mängel in der Pflege
- 46 **Personalia**
- 47 Bilanz der Pflegereform: **Höhere Einstufungen seltener**
- 48 **Termine**
- 48 Stationäre Reha von der GRV: **Jetzt häufig weniger Zuzahlung**

- Arbeit Pflege** 61 **SIMONE LEIBER/LAURA SCHULTZ**
Wenn Beschäftigte Angehörige pflegen:
Anforderungen an die betriebliche Sozialpolitik

- 66 **HANS NAKIELSKI**
Sonderauswertung des »DGB-Index Gute Arbeit« ergibt:
Jeder 11. Beschäftigte muss Job und Pflege vereinbaren

- Alterssicherung** 67 **INGO SCHÄFER/MARKUS HOFMANN**
Vereinbarungen zur Rente im Koalitionsvertrag:
Rentenpolitik unter neuen Vorzeichen
Eine Analyse und Bewertung aus gewerkschaftlicher Sicht

- Soziales** 75 **ROLF WINKEL**
Was sich in diesem Jahr bei den Familienleistungen ändert(e)

- 77 **HANS NAKIELSKI**
Was sich 2018 bei der Grundsicherung ändert(e)

- Selbstverwaltung** 80 **DIETER LEOPOLD**
Noch 159 selbstständige Sozialversicherungsträger
Der Fusionsdruck bei den Kassen lässt nach

- 82 **Impressum**

Immer mehr Erwerbstätige – darunter auch immer mehr Söhne – pflegen neben dem Beruf ihre Angehörigen. Söhne wenden dabei andere Strategien an als Töchter. Worin unterscheiden sie sich? Wie können Betriebe pflegende Beschäftigte unterstützen? Antworten dazu werden hier auf der Basis von elf qualitativen Betriebsfallstudien geliefert.

CDU, CSU und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag verständigt. Hier werden die Vereinbarungen zur Rentenpolitik analysiert: Was werden die geplanten Änderungen beim Rentenniveau und zu den Erwerbsminderungsrenten, die neue »Grundrente« oder der Einbezug von Selbstständigen in eine verpflichtende Rentenversicherung bringen?

ARBEITS- UND SOZIALRECHTSKARTEI

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Dr. Roman Krammer
1210 Wien, Scheydgasse 24, Telefon: 01/24 630, Fax: 01/24 630/51,
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

INHALTSVERZEICHNIS



THOMAS KÜHBACHER	82
Topthema: Die geplante Indexierung der Familienbeihilfe aus unionsrechtlicher Sicht	
MICHAEL GEIBLINGER	91
Bildungs- und Studienreisen als Bildungsfreistellung	
Mitwirkungsbefugnisse des Betriebsrats in einer unzulässigen Betriebsvereinbarung bleiben nicht bestehen	94
THOMAS RAUCH	95
Der verantwortliche Beauftragte im Arbeitsrecht	
Starke Zunahme bei Entsendungen von EU-Arbeitskräften nach Österreich	99
Krankenkassen erwirtschafteten 2017 leichten Überschuss	99
MANFRED PICHELMAYER	100
Rückerstattung der Internatskosten für Lehrbetriebe ab 1. 1. 2018	
ANDREAS GERHARTL	102
Die Eingliederungsbeihilfe	
STEFAN HAAS	109
Neues zum grenzüberschreitenden Personaleinsatz	
Laufende Gesundheitsausgaben lagen 2016 bei 36,9 Mrd Euro	116
ALFRED SHUBSHIZKY	117
Praxis-News aus Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht in Kurzform	
EDITH MARHOLD-WEINMEIER	119
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
● OGH: Abfertigung bei Teilzeit zur Kinderbetreuung	

GPR

Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
European Union Private Law Review
Revue de droit privé de l'Union européenne

1/2018

15. Jahrgang S. 1–52 Februar 2018 PVSt 10443

Herausgegeben von

Christian Baldus
Martin Gebauer
Stefan Geibel
Peter Jung
Malte Kramme

Matthias Lehmann
Carl Friedrich Nordmeier
Martin Schmidt-Kessel
Michael Stürmer
Brigitta Zöchling-Jud



www.gpr-review.eu

s|e|l|p sellier european law publishers

Aus dem Inhalt

- ▶ *Deck* – Isolierter grenzüberschreitender Formwechsel von Niederlassungsfreiheit umfasst – neue Gestaltungsmöglichkeiten für deutsche Gesellschaften (oder solche, die es werden wollen) trotz fortbestehenden Reformbedarfs im Gesellschaftskollisionsrecht S. 8
- ▶ *Rosenkranz* – Eigenverantwortung und Verbraucherschutz bei Verträgen über digitale Inhalte S. 28
- ▶ *Hornkohl* – Pauschalierte Schadensersatzklauseln zur Überwindung von Beweisnöten – die Kartellschadensersatzrichtlinie und Probleme ihrer Umsetzung S. 44

ottoschmidt

Inhalt



Editorial

Baldus, 2018: Interaktives Drehbuchschreiben 1

Service

Allgemeines Unions- und Unionsprivatrecht

Klötgen/Mansuy, Französische
Rechtsprechungsübersicht 2

Internationales Privat- und Verfahrensrecht

Deck, Isolierter grenzüberschreitender Formwechsel von
Niederlassungsfreiheit umfasst – neue Gestaltungs-
möglichkeiten für deutsche Gesellschaften (oder solche, die
es werden wollen) trotz fortbestehenden Reformbedarfs
im Gesellschaftskollisionsrecht 8

Antomo, Keine Prioritätssicherung nach den EuGVVO-
Litispdenzvorschriften durch Einleitung eines
selbstständigen Beweisverfahrens – Anm. zu EuGH
4.5.2017 – C-29/16 (HanseYachts) 18

Kontogeorgou, Internationale Zuständigkeit bei
Persönlichkeitsrechtsverletzungen von juristischen
Personen im Internet – Anm. zu EuGH 17.10.2017 –
C-194/16 (Bolagsupplysningen OÜ, Ingrid Ilsjan ./.
Svensk Handel AB) 23

Obligationenrecht

Rosenkranz, Eigenverantwortung und Verbraucherschutz
bei Verträgen über digitale Inhalte 28

Köhler, „It ain't over 'till it's over“: Richtlinienwidrigkeit
der Verkürzung der Verjährung bei gebrauchten
Verbrauchsgütern, Anm. zu EuGH 13.7.2017 – C-133/16
(Christian Ferenschild ./ JPC Motor SA) 37

Wais, Rezension zu Caprara/Tescaro (Hrsg.),
Studi sul c.d. contratto di engineering 43

Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht

Hornkohl, Pauschalierte Schadensersatzklauseln
zur Überwindung von Beweisnöten – die Kartell-
schadensersatzrichtlinie und Probleme ihrer
Umsetzung 44

Neues aus Brüssel 51

Wirtschaft und Recht

Wi in Osteuropa

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z282

Zeitschrift zur Rechts- und Wirtschaftsentwicklung
in den Staaten Mittel- und Osteuropas

Herausgegeben von

Prof. Dr. Tomislav Borić, Graz
Prof. Dr. Dr. h. c. Herbert Küpper, München
Dr. Gerd Lenga, Moskau/Stuttgart
Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Pfaff, München
Prof. Dr. Claudia Rudolf, Wien
Dr. Hans-Joachim Schramm, Wismar
Prof. Dr. Dr. h. c. F.-C. Schroeder, Regensburg
Prof. Dr. Andreas Steininger, Dipl. Ing., Wismar

In Verbindung mit:

Deutsche Stiftung für internationale
rechtliche Zusammenarbeit, Bonn
Institut für Ostrecht München
Ostinstitut/Wismar

Aus dem Inhalt

- K. Marek/P. Bohata
Das Pfandrecht im neuen tschechischen BGB 33
- V. Lisitsa
Investitionsvereinbarungen unter Beteiligung
des Staats in der Russischen Föderation 41
- A. Steininger
Eine Zusammenfassung der wichtigsten Sank-
tionen der EU und der USA, Gegenmaßnahmen
Russlands sowie der Lokalisierungspolitik 46
- O. Griebenow
Rechtmäßigkeit von EU-Sanktionen am
Beispiel Russland und der Krim 49
- S. Pürner
Kroatien: Vorschriften über Arbeitnehmer-
überlassung im Gesetz über die Arbeit 52
- IOR-Chronik: Tschechische Republik,
Slowakische Republik, Ungarn, Rumänien,
Kosovo, Albanien 58
- IRZ-Bericht: Bosnien und Herzegowina,
Mazedonien, Montenegro und Serbien:
Vergangenheitsbewältigung 62



2/2018

27. Jahrgang • 20. Februar 2018 • Seite 33–64
Verlag C.H.BECK München und Frankfurt a. M.



Wirtschaft und Recht in Osteuropa

WiRO 2/2018 · 27. Jahrgang

Ständige Mitarbeiter und Korrespondenten: *Albanien:* VRIbPatG Wolfgang Stoppel – *Belarus:* Jegor Zelianouski, RA Alexander Liessem – *Bosnien und Herzegowina:* RA Tomislav Pintarić – *Bulgarien:* RAin Stela Ivanova – *Estland:* Mirjam Vili, LL.M., RA Mark Butzmann – *Kasachstan:* Dmitry Marenkov – *Kosovo:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper – *Kroatien:* RA Tomislav Pintarić – *Lettland:* Elisabete Krivcova, LL.M., RA Theis Klauberg, LL.M., MBA – *Litauen:* Ruta Motiejunaite, RA Frank Heemann – *Moldawien:* RA Axel Bormann – *Mongolei:* Dr. Dietrich Nelle – *Polen:* RAin Tina de Vries – *Rumänien:* RA Axel Bormann – *Russische Föderation:* Antje Himmelreich – *Serbien:* RA Tomislav Pintarić – *Slowakische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Slowenien:* RA Tomislav Pintarić – *Tschechische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Ukraine:* Antje Himmelreich – *Ungarn:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper

INHALT



Aufsätze und Berichte

<i>K. Marek/P. Bohata</i>	Das Pfandrecht im neuen tschechischen BGB	33
<i>V. Lisitsa</i>	Investitionsvereinbarungen unter Beteiligung des Staats in der Russischen Föderation	41
<i>A. Steiningger</i>	Eine Zusammenfassung der wichtigsten Sanktionen der EU und der USA, Gegenmaßnahmen Russlands sowie der Lokalisierungspolitik	46
<i>O. Griebenow</i>	Rechtmäßigkeit von EU-Sanktionen am Beispiel Russland und der Krim	49

Dokumente und Materialien

<i>S. Pürner</i>	Kroatien: Vorschriften über Arbeitnehmerüberlassung im Gesetz über die Arbeit	52
------------------	---	----

IOR-Chronik

Tschechische Republik	VerfG-Urteil zur Verfassungsbeschwerde, VO über die Zwangsvollstreckung	58
Slowakische Republik	Gesetze über elektronische Kommunikationsmittel, über Sozialdienste	59
Ungarn	Gesetze über Sanktionen für die Verletzung von Verwaltungsregeln, über das Wettbewerbsverfahren, über die freiwillige Gerichtsbarkeit, über Notare, Insolvenzgesetz u.a.	59
Rumänien	DringlichkeitsVO über die Umsatzsteuer	61
Kosovo	Verwaltungsanweisung über den Verkauf von beschlagnahmten beweglichen Sachen, VerfG-Urteil zur Nichtvollstreckung eines Urteils	61
Albanien	Minderheitenschutzgesetz, AVO zum Zollgesetz u.a.	61

Aus der Tätigkeit der IRZ

Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien: Vergangenheitsbewältigung	62
---	----

European Human Rights Law Review

Editor: Jonathan Cooper

Issue 1 2018

OPINION

Students are Revolting: Learning Lessons from Student Protests from Berkeley in '64 to Paris in '68

Jean-Pierre Worms

POINT OF VIEW

Brexit, human rights and the constitutional future of these islands

Colin Harvey

ARTICLES

Speaking in UNISON? Access to Justice and the Convention

Judge Tim Eicke

Same-Sex Marriage, Consensus, Certainty and the European Court of Human Rights

Frances Hamilton

European Court of Human Rights: From Declaratory Judgments to Indications of Specific Measures

Dr Costas Paraskeva

Compulsory Voter Identification, Disenfranchisement and Human Rights: Electoral Reform in Great Britain

Ben Stanford

CASE ANALYSIS

Sweet Taste with Bitter Roots—Forced Labour and *Chowdury v Greece*

Dr Vladislava Stoyanova

European Human Rights Law Review

Issue 1 2018

Table of Contents

Opinion

Students are Revolting: Learning Lessons from Student Protests from Berkeley in '64 to Paris in '68

Jean-Pierre Worms

1

Point of View

Brexit, human rights and the constitutional future of these islands

Colin Harvey

10

Bulletin

Bulletin: EU Charter of Fundamental Rights

Articles

Speaking in UNISON? Access to Justice and the Convention

Judge Tim Eicke

22

Same-Sex Marriage, Consensus, Certainty and the European Court of Human Rights

Frances Hamilton

33

European Court of Human Rights: From Declaratory Judgments to Indications of Specific Measures

Dr Costas Paraskeva

46

Compulsory Voter Identification, Disenfranchisement and Human Rights: Electoral Reform in Great Britain

Ben Stanford

57

Case Analysis

Sweet Taste with Bitter Roots—Forced Labour and *Chowdury v Greece*

Dr Vladislava Stoyanova

67

Case and Comment

Burmych v Ukraine

76

Bărbulescu v Romania

79

EUROPARECHT

HERAUSGEGEBEN VON DR. INGO BRINKER, LL.M., Rechtsanwalt, München | PROF. DR. CLAUS DIETER CLASSEN, Universität Greifswald | PROF. DR. DR. H.C. CLAUS-DIETER EHLERMANN, ehem. Generaldirektor der EU-Kommission, Rechtsanwalt, Brüssel | PROF. DR. DR. H.C. ULRICH EVERLING, ehem. Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, Universität Bonn | PROF. DR. ARMIN HATJE, Universität Hamburg | PROF. DR. KOEN LENAERTS, LL.M., Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, Luxemburg | PROF. DR. MEINHARD HILF, Bucerius Law School, Hamburg | PROF. DR. DR. H.C. MULT. PETER-CHRISTIAN MÜLLER-GRAFF, Universität Heidelberg | PROF. DR. MATTHIAS RUFFERT, Humboldt-Universität zu Berlin | PROF. DR. DRES. H.C. JÜRGEN SCHWARZE, Universität Freiburg | PROF. DR. DR. H.C. MULT. VASSILIOS SKOURIS, ehem. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, Luxemburg | PROF. DR. ULRICH WÖLKER, Juristischer Dienst der EU-Kommission, Brüssel

SCHRIFTFLEITER: PROF. DR. ARMIN HATJE, Universität Hamburg | DR. INGO BRINKER, LL.M., Rechtsanwalt, München

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Dr. Eljalill Tauschinsky/Prof. Dr. Wolfgang Weiß, Speyer</i> Unionsinteresse und Bürgernähe in der Handelspolitik	3
<i>Prof. Dr. Friedemann Kainer/Johannes Persch, Mannheim</i> Der Verkehr im Binnenmarktrecht: Sonderfall oder Dienstleistung? – Anstöße für eine Reform der Art. 90 ff. AEUV –	33
<i>Dr. Jens Brauneck, Neuss</i> Flüchtlingsstrom 2015: EU-Notfall-Umverteilungsmechanismus ohne wirksame Beteiligung von EU-Parlament und EU-Kommission?	62
<i>Dr. Johannes Holst, Würzburg</i> Keine einheitliche Dogmatik des EuGH für die sachgerechte Begrenzung des Anwendungsbereichs der Warenverkehrsfreiheit – ein Erklärungsversuch	87

RECHTSPRECHUNG

<i>Dr. Denes Lazar, Detmold</i> Ist die ungarische Rechtsprechung im Zusammenhang mit Verbraucherkrediten mit den Grundwerten der Europäischen Union vereinbar?	105
---	-----

REZENSION

<i>Peter Behrens, Europäisches Marktöffnungs- und Wettbewerbsrecht</i> (Prof. Dr. Armin Hatje)	112
---	-----



DB-Z227

THE VINDOBONA JOURNAL

OF INTERNATIONAL COMMERCIAL LAW AND ARBITRATION

Removing EXW and DDP from Future Incoterms Editions:
An Australian Perspective
Roberto Bergami

Judges Maximising Their Utility: A Pitfall for the Uniform
Interpretation of the CISG
Boris Prastalo

How Might the Hague Principles on Choice of Law in International
Commercial Contracts be Used in Practice
Anselmo Reyes

Corruption in International Commercial Arbitration
Angeliki K. Rousaki

Recent Developments in Arbitration in China - Interim Measures,
How to Achieve Proper Relief?
Ana Coimbra Trigo

Issues of Arbitrator' s Liability as Regards the Right to Fair Trial:
What Way to Choose for Policy-Maker

Contents

Volume 20 (2016) Number 2

Editorial.....i-iii

Articles

Removing EXW and DDP from Future Incoterms Editions: An Australian
Perspective
ado Aguila
Roberto Bergami.....1

Judges Maximising Their Utility: A Pitfall for the Uniform Interpretation of the
CISG
ado Aguila
Fan
Boris Prastalo.....17

How Might the Hague Principles on Choice of Law in International Commercial
Contracts be Used in Practice
Anselmo Reyes.....27

Corruption in International Commercial Arbitration
Angeliki K. Rousaki.....41

Recent Developments in Arbitration in China - Interim Measures, How to
Achieve Proper Relief?
Ana Coimbra Trigo.....67

Issues of Arbitrator's Liability as Regards the Right to Fair Trial: What Way to
Choose for Policy-Maker
Tadas Varapnickas.....107

Zeitschrift für

EUROPARECHT INT. PRIVATREC RECHTSVERGLEICHUNG

ZfRV



DB-Z 76

Redaktion Helmut Ofner (Chefredakteur), Alina Lengauer
Wissenschaftlicher Beirat Hans Hoyer, Michael Schweitzer,
Willibald Posch, Manfred Straube
Begründet von Fritz Schwind

Jänner 2018

01

1 – 48

Europarecht

Die Einrichtung der „Europäischen Staatsanwaltschaft“ als bisher letzter Fall einer „verstärkten Zusammenarbeit“ in der EU Waldemar Hummer ⌚ 4

Union Aktuell Alina Lengauer ⌚ 14

Internationales Privatrecht/Rechtsvergleichung

Die Durchsetzung von Schiedssprüchen im Kosovo Iset Morina ⌚ 29

Il fine vita: Der Weg zum italienischen Gesetz über die Selbstbestimmung bis zum Lebensende Judith Kronbichler ⌚ 38

Rechtsprechung

EuGH ⌚ 24

Internationales Privatrecht ⌚ 44



→ Editorial	1
Absprachen und arzneimittelrechtliche Zulassung	
<i>Von Helmut Ofner</i>	

Europarecht

→ Die Einrichtung der „Europäischen Staatsanwaltschaft“ als bisher letzter Fall einer „verstärkten Zusammenarbeit“ in der EU	4
Seit mehr als 15 Jahren wird im Schoß der EU über die Verfolgung von Straftaten, die sich gegen die finanziellen Interessen der EU richten, sowie über die Einrichtung einer speziellen Strafverfolgungsbehörde dazu diskutiert. Nunmehr hat der Rat (Justiz und Inneres) am 12. 10. 2017 die Errichtung einer „Europäischen Staatsanwaltschaft“ (EUSTÄ) bzw eines „European Public Prosecutor’s Office“ (EPPO) definitiv beschlossen, die – als vorläufig letzter Fall einer „verstärkten Zusammenarbeit“ in der EU – ab 2020/2021 die Ermittlungen zur Verfolgung von Betrug, Untreue sowie Korruption zulasten des EU-Haushalts aufnehmen soll. Damit wird erstmals eine eigene EU-Behörde geschaffen, die selbst strafrechtliche Ermittlungen in den Mitgliedstaaten übernehmen und deren Ergebnisse in der Folge auch zur Anzeige bringen kann.	
<i>Von Waldemar Hummer</i>	

→ Union aktuell	14
<i>Von Alina Lengauer</i>	

→ EuGH-Rechtsprechungsübersicht: ZfRV-LS 2018/1 – 5	24
1: Präzisierung der Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Anordnung und der Verhängung von Zwangsgeld	
2: Schutz der finanziellen Interessen der Union in Zusammenhang mit Prinzip der Gesetzmäßigkeit auszulegen	
3: Präzisierung des Aufenthaltsrechts drittstaatsangehöriger Familienangehöriger	
4: Mitgliedstaaten dürfen Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen wollen, nicht zur Liquidation verpflichten	
5: Zuständigkeit zur Prüfung eines Antrages auf internationalen Schutz kann nach Fristablauf auf anderen Mitgliedstaat übergehen	

Internationales Privatrecht/ Rechtsvergleichung

→ Die Durchsetzung von Schiedssprüchen im Kosovo	29
Das Schiedsgericht als Institution und die Schiedsgerichtsbarkeit als zivilrechtliches Verfahren – insb die Anerkennung und die Vollstreckbarerklärung der Entscheidungen des Schiedsgerichts – erlangen für die juristische Praxis und Lehre von Tag zu Tag gesteigerte Bedeutung. Dies ist insb deswegen wichtig, weil der internationale Im- und Export zunehmend an Bedeutung gewinnt. Dadurch entstehen in der juristischen Praxis und Lehre im Kosovo verschiedene Probleme, die einer Lösung bedürfen. Dementsprechend möchte dieser Artikel dem deutschsprachigen Leser darstellen, wie sich die Probleme der Schiedssprüche in der Praxis und Theorie in Bezug auf deren Durchsetzung im Kosovo zeigen. Dabei werden besonders der gesetzliche Rahmen, die Praxis und die juristische Lehre behandelt.	
<i>Von Iset Morina</i>	

- Il fine vita: Der Weg zum italienischen Gesetz über die Selbstbestimmung bis zum Lebensende 38
 Der Patient muss vor jeder ärztlichen Behandlung umfassend und verständlich aufgeklärt werden und dieser ausdrücklich zustimmen. Ebenso bekommt jeder die Möglichkeit, seinen Willen bezüglich künftiger Behandlungsweisen im Voraus schriftlich festzulegen, im sog biologischen Testament entsprechend der deutschen Patientenverfügung. Darin kann verfügt werden, welche lebenserhaltenden Maßnahmen zu einem Zeitpunkt, da man seinen Willen nicht mehr wirksam erklären kann, unterlassen werden sollen. Dies ist der Inhalt des Gesetzesentwurfs, welcher im italienischen Parlament zurzeit behandelt wird. Die politisch hochumstrittene Maßnahme wurde bereits von der Abgeordnetenkammer genehmigt und wartet nun noch auf die Zustimmung des Senats. Mit ihm wird erstmals in Italien das Selbstbestimmungsrecht des Patienten am Lebensende, dem „fine vita“, gesetzlich geregelt.
 Von Judith Kronbichler
- Rechtsprechungsübersicht: ZfRV-LS 2018/6–9 44
 6: Verfahrensmangel bei Nichtermittlung des anwendbaren Rechts
 7: Anknüpfung missbräuchlicher Vertragsklauseln – Rechtswahlklausel
 8: Satzungsbestimmung als Gerichtsstandsklausel
 9: Zur Auslegung von Schiedssprüchen

Standards

- Impressum 1
- Literatur im Überblick 46



VEREINIGUNG
 ÖSTERREICHISCHER
 UNTERNEHMENSJURISTEN

Unabhängig,
 branchenübergreifend,
 einzigartig.

„In Zeiten verstärkter Fokussierung auf Bereiche wie Aufsicht, Betrugs- und Korruptionsbekämpfung, Compliance sowie Risikomanagement ist es notwendig, den Stellenwert der UnternehmensjuristInnen als Geschäftsermöglicher und Teil des Managements zu steigern.“

MAG. SUSANNE HOCHWARTER,
 Gründerin von lawyers & more

Jetzt Mitglied werden und mitgestalten!

Näheres über die Ziele der VOJ unter www.vereinigung-unternehmensjuristen.at

Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Katharina Beckemper
Dr. Bernhard Böhm
Prof. Dr. Jens Bülte
Prof. Dr. Gerhard Dannecker
Prof. Dr. Jürgen P. Graf
Dr. Gina Greeve
Anke Hadamitzky
Dr. Jörg Horney
Prof. Dr. Markus Jäger
Thomas C. Knierim
Prof. Dr. Andreas Mosbacher
Dr. Klaus Moosmayer
Prof. Dr. Tido Park
Prof. Dr. Andreas Ransiek, LL.M.
Prof. Dr. Thomas Rönnau
Stefan Rolletschke
Kai Sackreuther
Prof. Dr. Christian Schröder
Prof. Dr. Jürgen Taschke



2/2018

Seiten 41 – 80, 15. Februar 2018

<i>F. Stam</i>	Die Straftatbestände des Sportwettbetrugs (§ 265c StGB) und der Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben (§ 265d StGB)	41
<i>R. Börner</i>	Kryptowährungen und strafbarer Marktmissbrauch	48
<i>D. Zapf</i>	Zur Entwicklung der Verfolgungsverjährung bei Korruptionsdelikten in der Rechtsprechung	54
<i>N.-F. Weisser</i>	Zum Betretungsrecht von Wohnungen bzw. Hotelzimmern durch einen nicht offen ermittelnden Polizeibeamten (noeP)	59
<i>D. Roth</i>	Adressat der Selbstanzeige: unzuständige Behörde unschädlich?	63
	Steuerhinterziehung, Täterschaft BGH, Urt. v. 5.9.2017 – 1 StR 198/17 (m. Anm. <i>Rolletschke</i>)	66
	Unzureichende Beweiswürdigung bei Verweis auf „unstreitiges“ Zahlenwerk; Anforderungen an die Urteilsfeststellungen bezüglich der Unmöglichkeit der Möglichkeit und Zumutbarkeit der Leistung von Sozialversicherungsbeiträgen; Insolvenzverschleppung als Dauerdelikt OLG Hamm, Urt. v. 12.1.2017 – 1 RVs 95/16 (m. Anm. <i>Floeth</i>)	69
	Konkludente Täuschungshandlung bei Einreichung von ärztlichen Verordnungen BGH, Urt. v. 25.7.2017 – 5 StR 46/17 (m. Anm. <i>Meyer</i>)	74



Wirtschafts- und Steuerrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z274

Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

2/2018

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Jäger,
Richter am BGH

Dr. Matthias Korte,
Ministerialdirigent

Dr. Wilhelm Krekeler,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht

Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff,
Präsident des BFH

Dr. Manfred Möhrenschlager,
Ministerialrat a.D.

Dr. Martina Müller-Ehlen,
Oberstaatsanwältin

Dr. Markus Rübenstahl, Mag. iur.,
Rechtsanwalt (WisteV)

Prof. Dr. Franz Salditt,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht,
FA Steuerrecht

Prof. Dr. Roland Schmitz

Prof. Dr. Carsten Wegner,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht

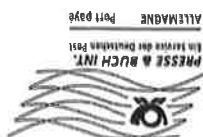
Dr. Martin Wulf,
Rechtsanwalt, FA Steuerrecht

Redaktion

Dr. Charlotte Schmitt-Leonardy

Prof. Dr. Roland Schmitz

- **M. Wulf** Die neue Rechtsprechung des BGH zum „großen Ausmaß“ im Steuerstrafrecht
- **M. Rhode** Die strafrechtliche Opferentschädigung im neuen Gewand (Teil 1)
- **BGH** Verjährungsunterbrechung bei Anordnung der Bekanntgabe eines Ermittlungsverfahrens
- **BGH** „Strohmann“ als umsatzsteuerrechtlich Leistender (mit Anm. Pflaum)
- **BGH** Strafzumessung bei Steuerhinterziehung (mit Anm. Webel)
- **BGH** Verbot der Doppelbestrafung
- **BGH** Tätigkeit in freier Praxis
- **LG Kaiserslautern** Vermögensabschöpfung und Verschlechterungsverbot
- **LG Augsburg** Anonyme Anzeige



OSTERREICH
1230 WIEN
Guthell-Schoder-Gasse 17/C
Universitätsbuchhandlung GmbH
Manz'sche Verlags- und
173488/0/60

HJR-Aboservice, Hiltlchiner Str. 8, 81677 München
Sendung zu erm. Entgelt, Heft 02/18, VZ 6929
25250000 KdNr.: A1731603
Quantity: 1



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>Rechtsanwalt (FAfStR) Dr. Martin Wulf, Berlin</i> Die neue Rechtsprechung des BGH zum „großen Ausmaß“ im Steuerstrafrecht	57
<i>Staatsanwalt (GL) Matthias Rhode, Bochum</i> Die strafrechtliche Opferentschädigung im neuen Gewand (Teil 1)	65

Rezensionen

<i>Oberstaatsanwalt (HAL) a.D. Dr. Hans Richter, Stuttgart</i> Folker Bittmann (Hrsg.), Praxishandbuch Insolvenzstrafrecht, Walter de Gruyter, 2. erweiterte und überarbeitete Aufl. 2017	73
--	----

Aufsätze in Zeitschriften und Festschriften

<i>Rechtsanwalt Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht / Rechtsanwalt Jonathan Rüschenndorf, Düsseldorf</i> Internationales Steuer- und Wirtschaftsstrafrecht	75
---	----

Entscheidungen

BGH	26.10.2017 – 1 StR 359/17	Strafmilderung bei unangemessener Verfahrensdauer	77
BGH	10. 8.2017 – 1 StR 218/17	Verjährungsunterbrechung bei Anordnung der Bekanntgabe eines Ermittlungsverfahrens	78
BGH	23. 8.2017 – 1 StR 33/17	„Strohmann“ als umsatzsteuerrechtlich Leistender (mit Anm. Pflaum)	80
BGH	24. 5.2017 – 1 StR 418/16	Strafzumessung bei Steuerhinterziehung (mit Anm. Weber) ..	84
BGH	9. 6.2017 – 1 StR 39/17	Verbot der Doppelbestrafung	86
BGH	19. 9.2017 – 5 StR 593/16	Prüfung der örtlichen Zuständigkeit	90
BGH	7. 9.2017 – 1 StR 186/17	Strafverfahren nach steuerlichem Auskunfts- und Vorlageersuchen	91
BGH	12. 7.2017 – 1 StR 535/16	Tätigkeit in freier Praxis	92
LG Kaiserslautern	20. 9.2017 – 7 KLs 6052 Js 8343/16 (3)	Vermögensabschöpfung und Verschlechterungsverbot	94
LG Augsburg	12. 9.2017 – 1 Qs 339/17	Anonyme Anzeige	96

wistra aktuell

Rechtsprechungsvorschau	II
Aktuelle Rechtsprechung in Kürze	III
Aktuelle Nachrichten	V
Bericht aus der Gesetzgebung – Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang ▪ mit unbaren Zahlungsmitteln –	IX

Goldammer's Archiv für St

ISSN 0017-1956



D3-Z273

Begründet 1853

Herausgegeben von
Jürgen Wolter, Wilfried Küper, Michael Hettinger, Ralf Eschelbach

GA



2/2018

165. Jahrgang
Seiten 65–120

Aus dem Inhalt

- **Das rechtmäßige Alternativverhalten (Teil I)**
Enrique Gimbernat
- **Lässt die Wissenschaft die Justiz allein?**
Grundregeln einer redlichen Rechtswissenschaft
Jens Bülte

122647
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH
Gutheil-Schoder-Gasse 17/C
1230 WIEN
OSTERREICH

25280000 KdNr.: A1731645 Quantity: 1

HJR-Aboservice, Hultschiner Str. 8, 81677 München
Sendung zu erm. Entgelt, Heft 02/18, VKZ:3912

NZBau

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z148

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteiger · Vergaberecht

In Zusammenarbeit mit der
Neuen fürstlichen Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Klaus D. Kapellmann

Prof. Dr. Meinrad Dreher

Prof. Dr. Klaus Englert

Prof. Dr. Heiko Fuchs

Wolfgang Jaeger

Günther Jansen

Prof. Dr. Ralf Leinemann

Prof. Dr. Burkhard Messerschmidt

Dr. Klaus Minath

Prof. Dr. Gerd Mitzke

Prof. Dr. Frank Peters

Dr. Hans-Joachim Priß

Dagmar Sacher

Ulrich Schröder

www.nzbau.de

Mit Editorial von *Ch. Zeiss*,
Wunschzettel für's Vergaberecht
(S. 65)

Mit Beilage: NZBau-Register 2017



C.H. BECK

2/2018

10. Februar 2018

19. Jahrgang S. 65–128

Aus dem Inhalt

P. Oppler

Die einstweilige Verfügung im Bauvertragsrecht 67

P. Huber

Das neue Kaufrecht 72

F. Roth

Markterkundung, Vergabeverfahren ohne Bieter und
die Bestimmungsfreiheit öffentlicher Auftraggeber 77

B. Pauka/M. Pauka

Der Einfluss des Lkw-Kartells auf die Eignung der
Kartellanten bei zukünftigen Ausschreibungen 83

R. Kandel

Nachträge, VOB/C, Sachverständige und
Streitverkündungen 92

BGH

Treuwidriges Sicherungsverlangen des Bauunternehmers 96

BGH

Materieller Kostenerstattungsanspruch nach
Abschluss des selbstständigen Beweisverfahrens 98

OLG Stuttgart

Sicherung nichtvertraglicher Vergütungsansprüche
für Bauleistungen 101

mit Praxisanmerkung von *E. Jossen* 105

EuGH

Feststellung eines Unterangebots – Netzwerk für
Innovationspartnerschaft 111

OLG Düsseldorf

Teilnahmewettbewerb bei künstlicher Einschränkung
der Auftragsparameter – PET-MRT-Geräte 118



3450201802

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer · Vergabewesen

NZBau 2/2018

Februar 2018 · 19. Jahrgang 2018 · Seite 65–128

Redaktion: Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M. A.; Rechtsanwältin Kerstin Korn, Frankfurt a. M.

Mit Beilage: NZBau-Register 2017



Inhalt

Editorial	<i>Ch. Zeiss</i> , Wunschzettel für's Vergaberecht – Der Jahreswechsel: Zeit für Wünsche und gute Vorsätze	65	
Aufsätze	<i>P. Oppler</i> , Die einstweilige Verfügung im neuen Bauvertragsrecht	67	
	<i>P. Huber</i> , Das neue Kaufrecht	72	
	<i>F. Roth</i> , Markterkundung, Vergabeverfahren ohne Bieter und die Bestimmungsfreiheit öffentlicher Auftraggeber	77	
	<i>B. Pauka/M. Pauka</i> , Der Einfluss des Lkw-Kartells auf die Eignung der Kartellanten bei zukünftigen Ausschreibungen	83	
Entscheidungsanmerkung	<i>R. Kandel</i> , Nachträge, VOB/C, Sachverständige und Streitverkündungen – Der Generalunternehmer zwischen allen Stühlen (zu KG, NZBau 2017, 719)	92	
Literatur	K. Willenbruch/K. Wieddekind, Vergaberecht (<i>Ch. Braun</i>)	94	
	K.-H. Güntzer/P. Hammacher, Handbuch der Auftragsabwicklung (<i>W. Trautner</i>)	95	
Rechtsprechung			
Privates Baurecht			
BGH	23. 11. 17 – VII ZR 34/15	Treuwidriges Sicherungsverlangen des Bauunternehmers	96
BGH	10. 10. 17 – VI ZR 520/16	Materieller Kostenerstattungsanspruch nach Abschluss des sBV	98
BGH	8. 11. 17 – VII ZR 82/17	Prozessverbindung von Teilklagen aus Schlussrechnung	100
OLG Stuttgart	26. 6. 17 – 10 U 122/16	Sicherung nichtvertraglicher Vergütungsansprüche für Bauleistungen mit Praxisanmerkung von <i>E. Jousen</i>	101 105
OLG Celle	6. 4. 17 – 8 U 204/16	Unwirksamkeit formularmäßiger Sicherungsabrede	106
OLG Koblenz	8. 11. 17 – 5 W 519/17	Kostenentscheidung im sBV bei verzögerter Klageerhebung	110

Vergaberecht

EuGH	19.10.17 – C-198/16 P	Feststellung eines Unterangebots – Netzwerk für Innovationspartnerschaft	111
OLG Düsseldorf	7. 6.17 – VII-Verg 53/16	Teilnahmewettbewerb bei eingeschränkten Auftragsparametern – PET-MRT	118
OLG Hamburg	1.11.17 – 1 Verg 2/17	Konzessionsvergaberecht für Spielbankerlaubnis – Spielbank Hamburg	122
OLG München	7.11.17 – Verg 8/17	Ausschluss wegen fehlender wesentlicher Preisangabe – Linie 9	127

Umschlaginformationen

NZBau aktuell

V

Fachanwalts-Lehrgang Bau- & ArchitektenR

Köln Start: 19.04.2018
Stuttgart Start: 28.06.2018 } *mit Durchführungsgarantie*
Hannover Start: 31.05.2018
Berlin Start: 14.06.2018

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
 Fax 07066 - 90 08 22
 Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

Fachanwalts-Lehrgang Vergaberecht

München Start: 26.04.2018 } *mit Durchführungsgarantie*
 → ESF-gefördert - 30% bzw. 50% Förderung für Baden-Württemberger
Hamburg Start: 25.10.2018

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
 Fax 07066 - 90 08 22
 Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

ISSN 1439-6351

NZBau –
 Neue Zeitschrift für Baurecht
 und Vergaberecht

Geschäftsführender Herausgeber:
 Rechtsanwalt *Prof. Dr. Klaus D. Kapellmann*, Viersener Straße 16,
 41061 Mönchengladbach, Telefon:
 (0 21 61) 8 11-6 01, Telefax: (0 21 61)
 8 11-7 77. E-Mail: klaus.kapellmann@
 kapellmann.de

Verlagsredaktion: (verantwortlich für den
 Textteil): Rechtsanwältin *Elisabeth
 Jackisch*, M. A. (Rechtsprechung),
 Rechtsanwältin *Kerstin Korn* (Auf-
 sätze und Schlussredaktion); Rechts-
 anwalt *Dr. Hans von Gehlen*,
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frank-
 furt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0,
 Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
 E-Mail: NZBau@Beck-Frankfurt.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die
 Redaktion zu senden. Der Verlag
 haftet nicht für Manuskripte, die
 unverlangt eingereicht werden. Sie
 können nur zurückgegeben werden,
 wenn Rückporto beigelegt ist. Die
 Annahme zur Veröffentlichung muss
 schriftlich erfolgen. Mit der Annahme
 zur Veröffentlichung überträgt der
 Autor dem Verlag C.H.BECK an sei-
 nem Beitrag für die Dauer des gesetz-
 lichen Urheberrechts das exklusive,
 räumlich und zeitlich unbeschränkte
 Recht zur Vervielfältigung und Ver-

breitung in körperlicher Form, das
 Recht zur öffentlichen Wiedergabe
 und Zugänglichmachung, das Recht
 zur Aufnahme in Datenbanken, das
 Recht zur Speicherung auf elektro-
 nischen Datenträgern und das Recht
 zu deren Verbreitung und Vervielfäl-
 tigung sowie das Recht zur sonstigen
 Verwertung in elektronischer
 Form. Hierzu zählen auch heute
 noch nicht bekannte Nutzungsfor-
 men. Das in § 38 Abs. 4 UrhG nieder-
 gelegte zwingende Zweitverwertungs-
 recht des Autors nach Ablauf von
 12 Monaten nach der Veröffentli-
 chung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in
 dieser Zeitschrift veröffentlichten Bei-
 träge sind urheberrechtlich geschützt.
 Das gilt auch für die veröffentlichten
 Gerichtsentscheidungen und ihre Leit-
 sätze, denn diese sind geschützt, so-
 weit sie vom Einsender oder von der
 Schriftleitung erarbeitet oder redigiert
 worden sind. Der Rechtsschutz gilt
 auch gegenüber Datenbanken und
 ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil
 dieser Zeitschrift darf außerhalb der
 engen Grenzen des Urheberrechts-
 gesetzes ohne schriftliche Genehmi-
 gung des Verlags in irgendeiner Form
 vervielfältigt, verbreitet oder öffent-
 lich wiedergegeben oder zugänglich
 gemacht, in Datenbanken aufge-
 nommen, auf elektronischen Daten-
 trägern gespeichert oder in sonstiger

Weise elektronisch vervielfältigt, ver-
 breitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK,
 Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9,
 80801 München, Postanschrift: Post-
 fach 40 03 40, 80703 München.
 Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81
 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen,
 technische Daten: Telefon (0 89) 3 81
 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599,
 E-Mail anzeigen@beck.de
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wil-
 helmstr. 9, 80801 München, Post-
 anschrift: Postfach 40 03 40, 80703
 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0,
 Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank
 München IBAN: DE82 7001 0080
 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.
 Der Verlag ist oHG. Gesellschafter
 sind Dr. Hans Dieter Beck und
 Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Ver-
 leger in München.

Erscheinungsweise: Monatlich.

Bezugspreise 2018: Jährlich € 309,-
 (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 29,50
 (inkl. MwSt.). **Versandkosten** je-
 weils zuzüglich. Die Rechnungs-
 stellung erfolgt zu Beginn eines
 Bezugszeitraumes. Nicht einge-
 gangene Exemplare können nur in-

nerhalb von 6 Wochen nach dem Er-
 scheinungstermin reklamiert werden.
 Jahrestitellei und -register sind nur
 noch mit dem jeweiligen Heft liefer-
 bar.

Bestellungen über jede Buchhandlung
 und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
 Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
 Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
 E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor
 Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns
 rechtzeitig Ihre Adressenänderungen
 mit. Dabei geben Sie bitte neben dem
 Titel der Zeitschrift die neue und die
 alte Adresse an.

**Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Post-
 dienste-Datenschutzverordnung:** Bei
 Anschriftenänderung des Beziehers
 kann die Deutsche Post AG dem Ver-
 lag die neue Anschrift auch dann
 mitteilen, wenn kein Nachsendean-
 trag gestellt ist. Hiergegen kann der
 Bezieher innerhalb von 14 Tagen
 nach Erscheinen dieses Heftes beim
 Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien
 GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-
 Straße 1, 86399 Bobingen.

D3-Z132

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

71. Jahrgang Februar 2018
Heft 4 Seiten 125–164



Kyrrill-A. Schwarz, „Unterstützung regionaler Daseinsvorsorge durch den Bund?“

**Thomas Spitzlei/
Christoph Hautkappe**,
Die Entschädigung für polizeiliches
Einschreiten

Christoph Schaefer, Die ordnungs-
rechtliche Zuverlässigkeit in Luft-
verkehr und Luftsicherheit

Robert Frau, Rechtsschutz für
Kleinparteien: Nichtanerkennungs-
beschwerden

Buchbesprechung

Rechtsprechung in Leitsätzen

www.doev.de

Kohlhammer

4

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Kyrill-A. Schwarz*, Würzburg, „Unterstützung regionaler Daseinsvorsorge durch den Bund?“ 125
- Thomas Spitzlei*, Trier/*Christoph Hautkappe*, Wiesbaden, Die Entschädigung für polizeiliches Einschreiten – Versuch einer Systematisierung..... 134
- Christoph Schaefer*, Frankfurt am Main, Die ordnungsrechtliche Zuverlässigkeit in Luftverkehr und Luftsicherheit 145
- Robert Frau*, Potsdam, Nochmals zum Rechtsschutz für Kleinstparteien: Nichtanerkennungsbeschwerden bei der Bundestagswahl 2017..... 152
-

Buchbesprechung

- Richard N. Lauer*, Das Recht des Beamten zum Streik – Von den rechtshistorischen Ursprüngen des beamtenrechtlichen Streikverbots bis zu seiner völkerrechtlichen Infragestellung (*Timo Hebel*)..... 158
-

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

91. *EuGH*, Urteil vom 7.12.2017 – C-636/16 – López Pastuzano – Ausweisungsschutz für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige 159

Verfassungsgerichte

92. *BVerfG*, Urteil vom 19.12.2017 – 1 BvL 3/14 u. 1 BvL 4/14 – Studienplatzvergabe für das Fach Humanmedizin 159
93. *BVerfG (Kammer)*, Beschluss vom 8.11.2017 – 2 BvR 2221/16 – Höhe der Telefongebühren in einer Justizvollzugsanstalt 159

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Öffentliches Dienstrecht

94. *BVerwG*, Urteil vom 21.9.2017 – 2 C 61.16 – Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen 159
95. *VGH BW*, Urteil vom 21.11.2017 – 4 S 926/16 – Richterbesoldung nach Erfahrungsstufen 160
96. *VGH BW*, Urteil vom 22.11.2017 – 4 S 2143/17 – Witwengeld; Mindestdienstzeit; Wartefrist 160
97. *VG Neustadt/W.*, Urteil vom 15.11.2017 – 1 K 232/17.NW – Beihilfefähigkeit einer Hyperthermiebehandlung 160

Polizei- und Ordnungsrecht

98. *HessVGH*, Urteil vom 12.10.2017 – 4 A 626/17 – Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit bei Parteizugehörigkeit 160

Kommunalrecht

99. *HessVGH*, Beschluss vom 22.9.2017 – 8 B 1916/17 – Neuwahl eines Bürgermeisters 160
100. *NdsOVG*, Urteil vom 18.10.2017 – 10 LB 53/17 – Anspruch eines Ratsmitglieds auf Protokollberichtigung..... 160

Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht

101. *VGH BW*, NK-Urteil vom 26.10.2017 – 6 S 2322/16 – Ladenöffnung am Sonntag 160
102. *HessVGH*, Urteil vom 14.11.2017 – 7 A 324/17 – Wiedereintragung in die Architektenliste 161

Gesundheits- und Lebensmittelrecht

103. *BVerwG*, Urteil vom 17.8.2017 – 3 C 18.15 – Arzneimitteleigenschaft von lebenden Import-Blutegeln 161
104. *NdsOVG*, Urteil vom 2.11.2017 – 13 LB 31/14 – Abgrenzung eines Lebensmittels in Form eines Nahrungsergänzungsmittels von einem Funktionsarzneimittel 161

Boden- und Landwirtschaftsrecht

105. *OVG Rheinl.-Pf.*, Urteil vom 8.11.2017 – 9 C 11855/16.OVG – Flurbereinigung; Landverzicht 161

Bau- und Planungsrecht

106. *BVerwG*, Beschluss vom 13.11.2017 – 4 B 23.17 – Festsetzung abweichender Bauweise 161
107. *OVG NRW*, NK-Urteil vom 26.6.2017 – 2 D 59/16.NE – Normenkontrolle einer Nachbarkommune gegen einen Bebauungsplan, der durch einen nicht wirksam gegründeten Planungsverband beschlossen worden ist 161
108. *OVG NRW*, Beschluss vom 19.10.2017 – 8 B 1113/17 – Errichtung von Windenergieanlagen; entbehrliche UVP-Vorprüfung 162
109. *HessVGH*, Beschluss vom 25.10.2017 – 3 B 1572/17 – Prüfungsumfang im baurechtlichen Nachbarstreit 162
110. *VGH BW*, Beschluss vom 15.11.2017 – 8 S 2101/17 – Verschlechterung der Erschließungssituation eines Nachbargrundstücks 162

Naturschutz- und Umweltrecht

111. *BVerwG*, Urteil vom 13.9.2017 – 10 C 7.16 – Freier Zugang zum Meeresstrand 162
112. *OVG NRW*, Urteil vom 13.9.2017 – 20 A 601/14 – Entsorgung von Klärschlamm 163
113. *OVG NRW*, Beschluss vom 27.10.2017 – 8 A 2351/14 – Erteilung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheides zur Errichtung einer Windenergieanlage 163

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

114. *BVerwG*, Urteil vom 29.6.2017 – 3 A 1.16 – Anfechtung eines eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses 163
115. *HessVGH*, Schlussurteil vom 12.9.2017 – 9 C 1498/12.T – Luftverkehrsrecht; Nebenbestimmungen zum Planfeststellungsbeschluss; passive Schutzvorkehrungen 163
116. *HessVGH*, Beschluss vom 24.10.2017 – 9 B 1789/17.T – Auswahlverfahren zur Vergabe von Bodenabfertigungsdienstleistungen an einem Flughafen 164

Sonstiges Verwaltungsrecht

117. *HambOVG*, Urteil vom 20.10.2017 – 3 Bf 152/16 – Inverkehrbringen von Schiffsausrüstung 164

Gerichtsverfahrensrecht

118. *HessVGH*, Beschluss vom 17.10.2017 – 1 B 1426/17 – Tod des Beigeladenen im Konkurrentenstreitverfahren 164
119. *NdsOVG*, NK-Urteil vom 30.10.2017 – 4 KN 359/17 – Normenkontrollantrag gegen eine Landschaftsschutzgebietsverordnung; Antrag auf Prozessübernahme wegen einer Einzelrechtsnachfolge 164
120. *NdsOVG*, Beschluss vom 28.11.2017 – 4 PA 268/17 – Zum Zeitpunkt der Entscheidungsreife eines Prozesskostenhilfeantrags 164

BayVBl. 4/2018

D3-Z154

Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Herausgeber

Stephan Kersten, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Dr. Markus Möstl, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Bayreuth

Dr. h. c. Heino Schöbel, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Justiz a. D. – ehemals Leiter des Landesjustizprüfungsamts

Volkhard Spilarewicz, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Redaktion

Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg



Aus dem Inhalt

- 109 **Müller** Das Gesetz zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen und die daraus erwachsenen neuen Befugnisse der Bayerischen Polizei
- 117 **Müller** Straßenbaulast und Widmung – Voraussetzungen für das Entstehen von Straßenausbaubeiträgen für Ortsstraßen in Bayern
- 119 **BayVerfGH** Versorgungsrechtlicher Status begrenzt dienstfähiger Beamter bzw. später reaktivierter Beamter
- 123 **BVerfG** Visumerteilung; Familiennachzug
- 125 **BayVGH** Technische Baubestimmung; fliegende Bauten
- 132 **BVerwG** Abfall; Alttextilien; Entscheidungsfrist
- 135 **BGH** Polizeiliche Fahrzeugdurchsuchung; legendierte Kontrolle

VBI

4/2018 Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Müller, Das Gesetz zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen und die daraus erwachsenen neuen Befugnisse der Bayerischen Polizei — **109**

Müller, Straßenbaulast und Widmung – Voraussetzungen für das Entstehen von Straßenausbaubeiträgen für Ortsstraßen in Bayern — **117**

Ausbildung und Prüfung

Lösungsskizze zur Aufgabe 9 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2012/2 (Text s. BayVBl. 2018, 103) (Weber) — **140**

Literatur

Ilbertz/Baßlsperger, Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder und Kommunen (Martin) — **144**

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

BayVerfGH	E.v. 30.05.2017	Vf. 14-VII-15	Versorgungsrechtlicher Status begrenzt dienstfähiger Beamtinnen und Beamter; versorgungsrechtliche Regelung für zunächst dienstunfähige, später reaktivierte Beamtinnen und Beamte; Alimentationsprinzip; Leistungsprinzip; Gleichheitssatz; Benachteiligungsverbot von Menschen mit Behinderung — 119
BVerfG	B.v. 11.10.2017	2 BvR 1758/17	Einstweilige Anordnung; Folgenabwägung; Visumerteilung; Familiennachzug; minderjähriger subsidiär Schutzberechtigter; Volljährigkeit; humanitäre Aufenthaltserlaubnis — 123
BayVGH	U.v. 18.05.2017	2 B 17.543	Feststellungsklage; Ausführungsgenehmigung; Hinweis ohne Regelungscharakter; Technische Baubestimmung; fliegende Bauten — 125
	U.v. 22.05.2017	10 B 17.83	Herausgabe sichergestellter Bargelds; allgemeine Leistungsklage; bestandskräftige Sicherstellungsanordnung; Herausgabepflicht; nachträglicher Wegfall der Voraussetzungen für die Sicherstellung; gegenwärtige Gefahr; Gefahrenprognose; Bargeld aus/für Betäubungsmittelhandel; keine wirksame Abtretung des Herausgabeanspruchs; keine Sperrwirkung der Regelungen der strafrechtlichen Gewinnabschöpfung — 128
	U.v. 16.02.2017	20 BV 16.90	Kommunalunternehmen als Beitragsgläubiger; Neuherstellung einer Entwässerungsanlage; Ausschlussfrist — 131
BVerwG	U.v. 11.07.2017	7 C 35.15	Abfall; Alttextilien; Entscheidungsfrist; Überlassungspflicht; öffentliche Interessen; Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers; wesentliche Beeinträchtigung der Planungssicherheit und Organisationsverantwortung; widerlegliche Vermutung; Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse; Irrelevanzschwelle; Sammelmenge; Gesamtbelastung; Untersagungsverfügung — 132
BGH	U.v. 26.04.2017	2 StR 247/16	Polizeiliche Fahrzeugdurchsuchung; Gefahrenabwehr; Anfangsverdacht einer Straftat; Einfuhr von Betäubungsmitteln; Beweissicherung in potenziellen Strafverfahren; doppelfunktionale polizeiliche Maßnahme; Schwerpunkttheorie; legendierte Kontrolle; Verwendung im Strafverfahren — 135
Wissenswertes für den Rechtsanwalt			
BayVGH	B.v. 13.02.2017	8 S 16.2620	Klauselerinnerung; Zwangsvollstreckung aus Vergleich; Rechtsnachfolge; Eigentumsübertragung — 139

NVwZ

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 135

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen
Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Rüdiger Breuer

Prof. Dr. Martin Burgi

Prof. Dr. Christian Calliess

Dr. Josef Christ

Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde

Dr. Frank Fellenberg

Dr. Andreas Heusch

Prof. Dr. Thomas Mayen

Prof. Dr. Hubert Meyer

Prof. Dr. Janbernd Oebbecke

Prof. Dr. Joachim Scherer

Dr. Heribert Schmitz

Prof. Dr. Friedrich Schoch

Dr. Thomas Schröer

Prof. Dr. Rudolf Streinz

www.nvwz.de

Aus dem Inhalt

H. D. Jarass

Die (umfangreichen) neuen Regelungen im Bundes-
Immissionsschutzgesetz für Störfallanlagen 185

Th. Petzer

Prognoseentscheidungen bei Frequenzvergaben –
wieviel Unsicherheit lässt das Recht zu? 190

M. Payrhuber/U. Stelkens

Unbewusstes „Gold Plating“ bei der Umsetzung der
Dienstleistungsrichtlinie durch extensive Auslegung
des § 42 a VwVfG? 195

M. Hartmann

Protestcamps als Versammlungen iSv Art. 8 I GG? 200

S. Haydn-Quindeau

Die „Ehe für alle“ – ein Verstoß gegen die Instituts-
garantie des Art. 6 I GG? 206

U. Battis/K. J. Grigoleit/T. Hebeler

Entwicklung des Beamtenrechts in den Jahren
2016 und 2017 207

G. Kühne

Bergrechtliche Bewilligung und Fernstraßenbau 214

C. Franzius

Genügt die Novelle des Umwelt-Rechtsbehelfsge-
setzes den unionsrechtlichen Vorgaben? 219

EuGH

Klagerecht von Umweltverbänden gegen Verschlech-
terung des Zustands von Wasserkörpern
(Anm. R. Klinger) 225

BVerfG

Vorschriften über die Studienplatzvergabe für das Fach
Humanmedizin teilweise mit dem Grundgesetz
unvereinbar (Anm. M. Wiemers) 233



C.H. BECK

4/2018

15. Februar 2018

37. Jahrgang S. 185–272



2750201804

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

4 2018



Inhalt

Aufsätze	<i>H. D. Jarass</i> , Die (umfangreichen) neuen Regelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz für Störfallanlagen	185	
	<i>T. Fetzer</i> , Prognoseentscheidungen bei Frequenzvergaben – wieviel Unsicherheit lässt das Recht zu?	190	
	<i>M. Payrhuber/U. Stelkens</i> , Unbewusstes „Gold Plating“ bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie durch extensive Auslegung des § 42 a VwVfG? – Vom Rechtsvergleich als Instrument zur Bestimmung des Ziels einer Richtlinie	195	
	<i>M. Hartmann</i> , Protestcamps als Versammlungen iSv Art. 8 I GG?	200	
Aufsätze Online	<i>S. Haydn-Quindeau</i> , Die „Ehe für alle“ – ein Verstoß gegen die Institutsgarantie des Art. 6 I GG?	206	
Berichte	<i>U. Battis/K. J. Grigoleit/T. Hebeler</i> , Entwicklung des Beamtenrechts in den Jahren 2016 und 2017	207	
Kurze Beiträge	<i>G. Kühne</i> , Bergrechtliche Bewilligung und Fernstraßenbau – Eine überfällige Wende durch den EGMR	214	
	<i>T. Guber</i> , Letztmals: Bindungswirkung eines rechtskräftigen Urteils – Wiederaufgreifen des Baugenehmigungsverfahrens hinsichtlich der Prüfung der Lärmbelastung des Anwesens der Kläger	217	
Zur Rechtsprechung	<i>C. Franzius</i> , Genügt die Novelle des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes den unionsrechtlichen Vorgaben?	219	
Mitteilungen	<i>L. Teichmann</i> , Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts XXIII	222	
Buchbesprechungen	<i>H. D. Jarass</i> , Bundes-Immissionsschutzgesetz (<i>H.-J. Müggenborg</i>)	224	
	Vergaberecht (<i>Red.</i>)	224	
Rechtsprechung			
EuGH	20. 12. 17 – C-664/15	Klagerecht von Umweltverbänden gegen Verschlechterung von Wasserkörpern	225
		Anm. <i>R. Klinger</i>	231
EuGH	20. 12. 17 – C-226/16	Verpflichtung zur Vorhaltung von Gasvorräten (Ls.)	232
EuGH	7. 9. 17 – C-174/16	Übertragung eines leitenden Beamtenamtes auf Probe (Ls.)	233

BVerfG	19.12.17 – 1 BvL 3/14	Studienplatzvergabe für das Fach Humanmedizin Anm. M. Wiemers	233 252
BVerfG	8.11.17 – 2 BvR 809/17	Versagung vorläufigen Rechtsschutzes im Asylfolgeverfahren	254
BayVerfGH	19.10.17 – Vf. 17-VII-14	Widerruf der Lehrbefugnis und Bestellung zum außerplanmäßigen Professor	255
BVerwG	21. 9.17 – 2 C 30/16	Teilweise Anrechnung einer Grundgehaltserhöhung auf Professorenbesoldung	260
BVerwG	14. 6.17 – 4 A 11/16 ua	Errichtung und Betrieb einer Höchstspannungsleitung	264
BVerwG	17. 8.17 – 9 VR 2/17	Duldung von Vorarbeiten vor dem Bau einer Bundesstraße	268
BVerwG	29. 6.17 – 3 A 1/16	Anfechtung eines eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses (Ls.)	270
OVG Bln-Bbg	10. 7.17 – 2 B 7/16	Erhebung eines sanierungsrechtlichen Ausgleichsbetrags (Ls.) Anm. H. Gondesen	271 271

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-RR, NVwZ-Blog, NJW	V
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	VI
Rechtsprechung in Leitsätzen, Berufsrecht der Rechtsanwälte	VII
Gesetzgebung, Veranstaltungen und Buchbesprechung	VIII

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor *Dr. Achim Schunder* (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin *Dr. Christiane Prause*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2018: NVwZ ohne NVwZ-RR: jährlich € 325,- (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) jährlich € 285,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: jährlich € 519,- (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* (w. o.) jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,50 (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb

von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

BFG *journal*

BFG-Entscheidungen aus erster Hand

Interview

Martin Atzmüller, Fachexperte in der Steuersektion des BMF

Gewerblicher Grundstückshandel ...

... versus vermögensverwaltende Tätigkeit

Liebhaberei

Vorzeitige Beendigung einer kleinen Vermietung ...

... und Einbringung in eine Stiftung

Umwandlung

KöSt-Rückstellung als Passivposten bei Einbringung

BFG und Auslandsbezug

Keine Anrechenbarkeit einer Commercial Activity Tax

Wer prüft was?

Selbstanzeige anlässlich einer Betriebsprüfung

Inhalt



„Vernetztes Arbeiten wird im BMF immer wichtiger“

Im BFGjournal zu Gast: Dr. Martin Atzmüller, Fachexperte in der Steuersektion des Bundesministeriums für Finanzen, im Gespräch mit Dr. Angela Stöger-Frank

42

VwGH zur Abzugsfähigkeit eines Deutschkurses einer aus Thailand stammenden Ehefrau

(VwGH 18. 12. 2017, Ra 2017/15/0016; BFG 9. 1. 2017, RV/3100218/2014 – Angela Stöger-Frank)

44

Gewerblicher Grundstückshandel versus vermögensverwaltende Tätigkeit

(BFG 19. 7. 2017, RV/6100315/2012 – Susanne Zankl)

45

Vorzeitige Beendigung einer kleinen Vermietung

(BFG 16. 10. 2017, RV/4100066/2016 – Ingrid Engel)

55

Vorzeitige Beendigung der Vermietung ohne Vorliegen von Unwägbarkeiten – Einbringung in eine Stiftung

(BFG 11. 1. 2018, RV/7102508/2012 – Helga Hochrieser)

62

Körperschaftsteuerrückstellung als Passivposten bei Einbringung

(BFG 4. 5. 2017, RV/4100440/2012 – Klaus Hirschler / Gottfried Sulz / Christian Oberkleiner)

67

BFG und Auslandsbezug: Keine Anrechenbarkeit einer Commercial Activity Tax

(BFG 4. 4. 2017, RV/1100384/2013 – Jan Knesl / Pavel Knesl / Michael Zwick)

72

Einmalige Versäumung einer Frist

(BFG 1. 2. 2018, RV/5100019/2017)

76

Wer prüft was? Selbstanzeige anlässlich einer Betriebsprüfung

(BFG 30. 1. 2018, RV/7105559/2017 – Michaela Schmutzer)

77

Rezension – Korrekturmöglichkeiten fehlerhafter behördlicher Entscheidungen

(Bernhard Renner)

83

GEWERK ARCHIV

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN
D3-Z15A+B.z.

ZEITSCHRIFT FÜR WIRTSCHAFTSVERWALTUNGSRECHT

Herausgeber

Dr. Frank Hüpers

Unter Mitwirkung von

Dr. Sabine Hepperle

Dr. Joachim Lang

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert

Ulrich Schönleiter

Holger Schwannecke

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle

Dr. Martin Wansleben

Schriftleitung

Dr. Frank Rieger

Aus dem Inhalt

Sach- und / oder Personalregulierung im Recht der Spielautomaten? - Teil I

Prof. Dr. Christian Waldhoff, Berlin

Mittelstandsförderung in der Auftragsvergabe und Unionsrecht

Prof. Dr. jur. Walter Frenz, Aachen

Der Gesellenausschuss im Fokus des Handwerksrechts - Ein Obiter Dictum

Ass. jur. Andreas Fabri, Iserlohn

Schwerpunktbereichsklausur - Immissionsschutzrecht: „Dieselverbot als ultima ratio?“

Dr. Michael Schwarz, Berlin



3/2018

März

Seite 89 - 128

Gildebuchverlag

Abhandlungen

Sach- und / oder Personalregulierung im Recht der Spielautomaten? - Teil I	Prof. Dr. Christian Waldhoff, Berlin	S. 89
Mittelstandsförderung in der Auftragsvergabe und Unionsrecht	Prof. Dr. jur. Walter Frenz, Aachen	S. 95
Der Gesellenausschuss im Fokus des Handwerksrechts - Ein Obiter Dictum	Ass. jur. Andreas Fabri, Iserlohn	S. 99

Berichte und Hinweise, Klausuren mit Lösungen

Schwerpunktbereichsklausur - Immissionsschutzrecht: „Dieselverbot als ultima ratio?“	Dr. Michael Schwarz, Berlin	S. 101
--	-----------------------------	--------

Rechtsprechung, Erlasse und Leitsätze**Verfassungsrecht, Europarecht, allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, allgemeines Gewerberecht**

UBER, Verkehrsdienstleistungen, Dienstleistungen im Binnenmarkt, Dienste der Informationsgesellschaft, Genehmigungspflicht, Vermittlung innerstädtischer Fahrten zwischen nicht berufsmäßigen Fahrern mit eigenem PKW und Privatpersonen mittels Smartphone-App (mit Anmerkung von Prof. Dr. Matthias Knauff, Jena)	EuGH	20.12.17	C-434/15	S. 105
Jagdsteuerpflicht einer GmbH, örtliche Aufwandsteuer, persönlicher Lebensbedarf, besondere Leistungsfähigkeit, Eigenjagdbezirk, Einkommenserzielung, Gesellschaftszweck, Unternehmenszweck	BVerwG	16.11.17	9 C 14.16	S. 108
Lotteriemonopol, Glücksspielrechtliche Erlaubnis, Zahlenlotterie, Finanzielle Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit, Sportwette, Werbung, Untersagung, Dienstleistung, Glücksspiel	VG München	25.07.17	16 K 12.1915	S. 109
IHK-Beitrag, Rücklagenbildung, Pauschaler und unsubstanziierter Sachvortrag, Gestaltungsspielraum, Sparsamkeit, Risikomanagementsystem	VG Ansbach	30.11.17	4 K 17.00537	S. 114

Gewerbeordnung und sonstiges Gewerberecht

Sachverständiger, Eigenverantwortlichkeit, Unabhängigkeit, Hochschullehrer, Nebenberuf	OVG Münster	20.11.17	4 A 2563/15	S. 114
Wochenmarkt, Ausschluss von Teilnehmern, Unzuverlässigkeit, Verstoß gegen Wochenmarktsatzung, Übertragung des Rechtsstreits zur Entscheidung durch den Einzelrichter, Anhörungsmangel, Rechtsfolgen	OVG Münster	02.11.17	4 B 891/17	S. 117
Fahrschulerlaubnis, Erlöschen, verantwortlicher Leiter, zur Vertretung berechtigte Person, Zuverlässigkeit	OVG Lüneburg	15.12.17	7 LC 93/15	S. 122

Handwerk, Berufsbildung

Datenschutz, berufsbezogene Prüfung, personenbezogene Daten, schriftliche Antworten eines Prüflings in einer berufsbezogenen Prüfung, Korrekturanmerkungen, Auskunftsrechte und Berichtigungsansprüche	EuGH	20.12.17	C-434/16	S. 122
Meisterprüfung, Teil III, Befreiung, Installateur- und Heizungsbauerhandwerk	VG Schleswig	01.08.17	7 A 295/16	S. 124

Gaststätten, Handel, Dienstleistungen, Ladenschluss

Spielhallenerlaubnis, Schließungsandrohung, einstweiliger Rechtsschutz, formeller Verwaltungsakt	VGH Kassel	20.11.17	8 B 1699/17	S. 126
--	------------	----------	-------------	--------

Planungsrecht, Umweltrecht, sonstiges Wirtschaftsverwaltungsrecht

Gaststätte, Freischankfläche, Betriebszeiten, Beschränkung, schädliche Umwelteinwirkungen, behördliche Kenntnis bereits im Zeitpunkt der vorangehenden Verlängerung, Anwohnerbeschwerden	VGH München	12.10.17	22 CS 17.1664	S. 128
Faktisches Gewerbegebiet, Einhaltung der Richtwerte der TA Lärm, schutzbedürftiger Raum, Vorbelastung durch Verkehrslärm	VGH Mannheim	22.11.17	5 S 1475/16	S.128

D3-Z154

BayVBl. 5/2018

Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Herausgeber

Stephan Kersten, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
Dr. Markus Möstl, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Bayreuth

Dr. h. c. Heino Schöbel, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Justiz a. D. – ehemals Leiter des Landesjustizprüfungsamts

Volkhard Spilarewicz, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Redaktion

Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg



Aus dem Inhalt

- 145 **Löffelmann** Das Gesetz zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen – Sicherheitsrecht am Rande der Verfassungsmäßigkeit und darüber hinaus
- 156 **Möstl** Polizeibefugnisse bei drohender Gefahr – Überlegungen zur Reichweite und Verfassungsmäßigkeit des neuen Art. 11 Abs. 3 PAG –
- 164 **BayVerfGH** Verfassungsbeschwerde; verwaltungsgerichtliche Kostenentscheidung; Hauptsacheerledigung
- 166 **BayVGH** Widerruf eines Kleinen Waffenscheins; sog. „Reichsbürgerbewegung“
- 175 **BVerwG** Prozesszinsen; Verjährungsfrist

VBI

5/2018
Bayerische Verwaltungsblätter
Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Löffelmann, Das Gesetz zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen – Sicherheitsrecht am Rande der Verfassungsmäßigkeit und darüber hinaus — **145**

Mösl, Polizeibefugnisse bei drohender Gefahr – Überlegungen zu Reichweite und Verfassungsmäßigkeit des neuen Art. 11 Abs. 3 PAG — **156**

Ausbildung und Prüfung

Examensklausur: „Ein Häkchen zu viel ...“ (Sachverhalt) (*Lohse*) — **179**

Literatur

Lang, Das Bildungsangebot für Behinderte (Beyer) — **180**

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

BayVerfGH	E.v. 05.10.2017	Vf. 55-VI-16	Verfassungsbeschwerde; verwaltungsgerichtliche Kostenentscheidung; Hauptsacheerledigung; Einstellung des Verfahrens; Untätigkeitsklage; Verzögerungsgrund; ablehnende verwaltungsbehördliche Entscheidung; nachfolgende Erledigungserklärung; Willkürverbot; rechtliches Gehör; Überraschungsentscheidung — 164
BayVGH	B.v. 05.10.2017	21 CS 17.1300	Waffenrecht; Beschwerde; Widerruf eines Kleinen Waffenscheins; Unzuverlässigkeit; keine hinreichende Gewähr für jederzeit verantwortungsvollen Umgang mit Waffen; sog. „Reichsbürgerbewegung“ — 166
	U.v. 11.04.2017	1 B 16.2509	Beseitigungsanordnung für ein landwirtschaftliches Betriebsgebäude im Außenbereich; Anforderungen an das „Dienen“ bei einem landwirtschaftlichen Betrieb; Standort des Gebäudes; keine Bestimmung zum vorübergehenden Schutz von Tieren; Geeignetheit eines Gebäudes als Stall; Anspruch auf Aufhebung einer Beseitigungsanordnung; keine nachträgliche Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens — 168
	B.v. 06.10.2017	11 CS 17.953	Entziehung der Fahrerlaubnis; Berücksichtigung von Zuwiderhandlungen nach Ablauf der Überlieferfrist und Löschung aus dem Fahrzeugsregister; Verhältnis von Verwertungsverbot und Tattagsprinzip — 170
	B.v. 20.03.2017	4 ZB 16.1815	Besetzung des Kreisausschusses und weiterer Ausschüsse; Spiegelbildlichkeitsgebot; Organisationsermessen des Kreistags — 173
BVerwG	U.v. 23.03.2017	9 C 1.16	Klageerweiterung; Berufungsverfahren; Berufungsinstanz; Berufung; Prozesssinsen; Verjährung; Verjährungsbeginn; Entstehung; Verjährungsfrist; allgemeine Leistungsklage; Rechtshängigkeit; Rechtskraft — 175

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

BayVGH B.v. 30.05.2017 **18 P 16.1700** Personalvertretungsrechtliches Beschlussverfahren; Verletzung des Mitbestimmungsrechts bei der Einstellung in 343 gleichgelagerten Fällen; Festsetzung des Gegenstandswerts in „Gruppen- bzw. Massenverfahren“; Anwendbarkeit des Streitwertkatalogs für die Arbeitsgerichtsbarkeit (verneint); Festsetzung des Auffangwerts — **177**

RECHT **RdU** DER UMWELT

WU
DB-Z106

Regierungs-
programm
Klimaschutz

Schriftleitung + Redaktion Ferdinand Kerschner

Redaktion Wilhelm Bergthaler, Eva Schulev-Steindl

Ständige Mitarbeiter W. Berger, M. Bydlinski, D. Ennöckl, B.-C. Funk, D. Hinterwirth,

W. Hochreiter, P. Jabornegg, V. Madner, F. Oberleitner, B. Raschauer,

N. Raschauer, P. Sander, J. Stabentheiner, E. Wagner, R. Weiß

Februar 2017

01

1 – 44

Schwerpunkt Schipisten

Rechtsprobleme des Kunstschnees – Öffentliches Recht *Felix Karl Vogl* ➔ 5

EuGH verurteilt Österreich wegen Nichtumsetzung der
Aarhuskonvention (wasserrechtliche Bewilligung einer
Beschneigungsanlage) *Erika Wagner* ➔ 34

Beiträge

Rechtsprechung des VwGH zum WRG im Jahr 2016

Leopold Bumberger ➔ 12

Gliedstaatsverträge für Biodiversitäts-Herausforderungen

Volker Mauerhofer, Thomas Alge und Gerald Plattner ➔ 20

Aktuelles Umweltrecht

EU-Gesetzgebungsprioritäten 2018-2019 ➔ 23

Änderung der TrinkwasserV ➔ 28

Leitsatzkartei

Baurecht ➔ 31

Umwelt & Technik

Das österreichische Giftrecht *Beatrice Sommerauer* ➔ U&T 3

Rechtsprechung

OGH erkennt auf Betriebsuntersagung nach Nachbarrecht in
Ausnahmefällen *Ferdinand Kerschner* ➔ 41

- Editorial 1
Was Österreich braucht, ist Klimaschutz!
Von Wilhelm Bergthaler, Ferdinand Kerschner und Eva Schulev-Steindl

Schnell und aktuell 4

Schwerpunkt Schipisten

- Rechtsprobleme des Kunstschnees 5

Teil 1: Öffentlich-rechtliche Gesichtspunkte der technischen Beschneigung

Auch in den mit Naturschnee vergleichsweise (noch) am besten versorgten Skigebieten Westösterreichs wäre heutzutage ein plangemäßer Wintersaisonbetrieb ohne technische Beschneigung regelmäßig nicht mehr zu gewährleisten. Gleichzeitig ist der ohne Schnee (derzeit) undenkbarer Wintertourismus für viele Regionen Österreichs wirtschaftlich geradezu überlebensnotwendig – in Österreich hat der Kunstschnee das Salz als „weißes Gold“ längst abgelöst. Umso mehr erstaunt, dass eine Darstellung der für die technische Beschneigung von Skipisten wichtigsten Rechtsnormen und Rechtsfragen bislang zu fehlen scheint. In diesem Artikel wird eine solche (überblicksweise) Darstellung für den Bereich des öffentlichen Rechts versucht.

Von Felix Karl Vogl

- Fehlende Umsetzung von Aarhus im Wasserrecht 34

EuGH 20. 12. 2017, C-664/15

Mit Anmerkung von Erika Wagner

Beiträge

- Rechtsprechung des VwGH zum Wasserrechtsgesetz im Jahr 2016 12

Die Entscheidungen des VwGH aus dem Jahr 2016 zum WRG betreffen sowohl altbekannte als auch – relativ – neue Themen. Der Großteil fällt unter die erstgenannte Kategorie. Dazu zählen Entscheidungen zu praktisch allen „klassischen“ Bereichen des Wasserrechts wie die Stellung von Parteien im wasserrechtlichen Verfahren, Probleme der Wiederverleihung von Wasserbenutzungsrechten, Erlöschen von Wasserbenutzungsrechten und letztmalige Vorkehrungen, Streitigkeiten bei Wassergenossenschaften und vieles mehr. In die Kategorie der relativ neuen Themen fallen Bereiche wie der Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan und die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte im Wasserrecht.

Von Leopold Bumberger

- Gliedstaatsverträge für neue Biodiversitäts-Herausforderungen 20

Der globale Verlust von Biodiversität stellt auch Österreich zunehmend vor große Herausforderungen hinsichtlich effektiver Gegenmaßnahmen. Die maßgebliche, zwischen Bund und Ländern aufgeteilte Kompetenzlage ergibt oftmals (zu) komplexe Anforderungen an Schutz und nachhaltige Nutzung von Biodiversität. Gliedstaatsverträge nach Art 15 a B-VG sind in Österreich auch im Umweltbereich weit verbreitet. Sie wurden aber in der Vergangenheit lediglich für einzelne biodiversitätsrelevante Themen als geeignete, verbindliche Koordinationsmechanismen herangezogen.

Von Volker Mauerhofer, Thomas Alge und Gerald Plattner

Europarecht

Bearbeitet von Verena Madner und Birgit Hollaus

- Allgemein, Biodiversität 23

- Energie 24

- Industrie, Klimaschutz 25

- Pflanzenschutz 26

- Verkehr 27

Bundesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Weinrecht 27
- Verkehrsrecht, Wasserrecht 28



Landesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg 28
- Steiermark, Tirol, Vorarlberg 29

RdU-Leitsatzkartei

- RdU-LSK 2018/1 – 12 29

Rechtsprechung

- Ausnahmsweise kann unzulässig emittierender Betrieb selbst
untersagt werden 41
- OGH 25. 10. 2017, 6 Ob 98/17 f**
Mit Anmerkung von Ferdinand Kerschner

Standards

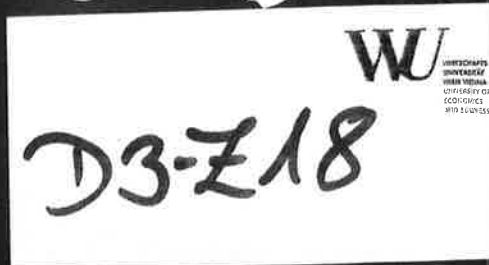
- Veranstaltungen und Seminare 44
- Impressum 1

Beilage

- Jahresregister 2016–2017

Umwelt und Technik

- Editorial 1
- Aarhus und der Wolf – neue Dialoge im Umweltrecht**
Von Wilhelm Berghaler
- Recht bezeichnend: S. Wuschitz 2
- Von Elisabeth Maier*
- Abriss des österreichischen Giftrechts 3
- Von Beatrice Sommerauer*



Geldwäsche-Compliance/
-Prüfung/-Prävention
für Rechtsanwälte

Untreue des Treuhänders trifft
– den Kreditgeber wann?

Regressklage unter privaten Kreditnehmern
Welcher Gerichtsstand?

Scheintod?
Versionsklage gegen Dritte

Einlagenrückgewähr
Sicherstellung von Gesellschaftern/Dritten?

Drittplattformverbot
Im Online-Handel

Ersatzversorgung mit Energie
Bei Insolvenz des Anbieters



**FACHZEITSCHRIFT FÜR
WIRTSCHAFTSRECHT**
29. Jg. Heft 02, Februar 2018

Zitiervorschlag:
ecolex 2018, Seite
ecolex 2018/Nummer

HERAUSGEBER:
Hon.-Prof. Dr. G. KUCSKO, RA
Univ.-Prof. Dr. W. MAZAL
Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. P. OBERHAMMER
Univ.-Prof. Dr. J. REICH-ROHRWIG, RA
Hon.-Prof. Dr. Ch. SCHMELZ, RA
Univ.-Prof. MMag. Dr. J. SCHUCH, StB
Mag. Ph. VONDRAK, StB und RA
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

BEIRAT:
Univ.-Prof. Dr. W. BARFUSS

Univ.-Prof. Dr. B.-Ch. FUNK
Dr. J. E. LANGER
Univ.-Prof. Dr. H. MAYER
Univ.-Prof. Sen.-Präs. Dr. M. NEUMAYR
Univ.-Prof. Dr. G. H. ROTH
Univ.-Prof. Dr. W. SCHRÄMMEL
Univ.-Prof. Dr. V. TRSTENJAK
Univ.-Prof. Dr. R. WELSER
Min.-Rat Dr. W. WIESNER

SCHRIFTLEITUNG:
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

STÄNDIGE MITARBEITER:
Dr. A. BALTHASAR-WACH, RAA
Hon.-Prof. Dr. A. DUSCHANEK
Sen.-Präs. d. OLG Wien iR ao. Univ.-Prof.
Dr. G. ERTL
Mag. J. FISCHERLEHNER
MMag. Dr. K. H. HILBER, StB

Dr. M. HÖCHER, RAA
Univ.-Prof. Dr. M. HOLOUBEK
Dr. St. KÖCK, RA
Univ.-Prof. Dr. M. LANG
Mag. M. LAUDACHER
Dr. E. PRIMOSCH
Dr. Th. RABL, RA
Mag. B. RENNER
Dr. R. SCHANDA, RA
Univ.-Prof. Dr. F. SCHRANK
Univ.-Prof. Dr. H. SCHUMACHER, RA
Univ.-Doz. Dr. St. SCHWARZER
Dr. A. SPITZL
Dr. B. TONNINGER, RA
Dr. W. URBANTSCHITSCH
Univ.-Prof. Dr. M. WINDISCH-GRAETZ
Dr. M. WOLLER, RA
Mag. Dr. H. WOLLMANN, LL.M., RA
Univ.-Prof. Dr. B. ZÖCHLING-JUD

KNOW YOUR CLIENT

Die neue Zeitrechnung – Geldwäsche-Compliance für Rechtsanwälte nach dem BRÄG 2016 Andreas Mätzler	108
☑ CHECKLISTE: Geldwäschepflicht bei der Aktenlage Andreas Mätzler	112
Geldwäschepflicht – Sorgfaltspflichten für Rechtsanwälte beim Client Onboarding Gudrun Waniek	114
Geldwäschepflicht in der Bankenpraxis Barbara Strebl	119

EDITORIAL

Untreuer Treuhänder: Jeder erdenkliche Rechtsgrund für das Risiko der Bank Georg Wilhelm	105
Impressum	U3

ZIVIL- UND UNTERNEHMENSRECHT

Ersatzversorgung mit Energie Markus Helmreich / Marlene Schmidt	122
Versionsklage: Zu den Kriterien von 1 Ob 353/97 m Christina Buchleitner	125
OGH 14. 6. 2017, 7 Ob 89/17 i OGH 23. 10. 2017, 5 Ob 83/17 t	127
OGH 7. 6. 2017, 3 Ob 83/17 b OGH 7. 6. 2017, 3 Ob 82/17 f	127
OGH 30. 5. 2017, 8 Ob 41/17 p OGH 24. 5. 2017, 1 Ob 72/17 w OGH 29. 5. 2017, 6 Ob 88/17 k OGH 20. 6. 2017, 2 Ob 236/16 v OGH 30. 5. 2017, 8 Ob 107/16 t OGH 7. 6. 2017, 3 Ob 67/17 z	128
OGH 29. 8. 2017, 5 Ob 48/17 w	128
OGH 29. 8. 2017, 5 Ob 123/17 z	128
OGH 24. 5. 2017, 1 Ob 79/17 z OGH 14. 6. 2017, 7 Ob 52/17 y	129
OGH 14. 6. 2017, 7 Ob 206/16 v OGH 29. 3. 2017, 7 Ob 235/16 h	129

- Zum Wucher iSd § 879 Abs 2 Z 4 ABGB 127
- Unberechtigte Bedingungen für Mängelbehebung führen zur Fälligkeit des Werklohns 127
- Anwaltshaftung: Beweislast für Aufklärungspflichtverletzung 127
- Umfang des Rückgriffsanspruchs bei Haftungsbegrenzung auf den positiven Schaden 128
- Inanspruchnahme des Ausfallsbürgen wegen unbekanntem Aufenthalts 128
- Vertragliche Verzugszinsen und Verjährungshemmung (§ 1495 Satz 1 ABGB) 128
- Das rechtliche Interesse bei der Nebenintervention 129
- Keine Anwendung des KautSchG bei drohender Unternehmensschließung 129
- Negativzinsen: Keine Untergrenze ohne Obergrenze! 129
- § 15 BTVG: Keine Haftung des Bauträgers für Provisionszahlungen und Sonderwünsche 131
- Strenges Neuerungsverbot im grundbücherlichen Rechtsmittelverfahren (Hans Hoyer) 131
- Zur Problematik der Unterfertigung des Mietvertrags nach Befristungsbeginn (Matthias Cerha) 132
- Bauleistungen iSd § 19 Abs 1 a UStG 134
- Hinweis des Verwenders der AVB als Voraussetzung der Wirksamkeit einer Verlängerungsfiktion 134
- Luftfahrt-Unfallversicherung: Abgrenzung zwischen Co-Pilot und Passagier 135
- Unfallversicherung: Antrag auf Neubemessung des Invaliditätsgrads oder Überprüfung der Neubemessung 135

DISPUTE RESOLUTION

Erfüllungsortsgerichtsstand am Bankensitz für Regressklage unter privaten Kreditnehmern? Michael Slonina	136
Quo vadis, intra-EU BIT? Christian W. Konrad	140
OGH 21. 11. 2017, 4 Ob 219/17 k	143
OGH 22. 11. 2017, 3 Ob 189/17 s	143
OGH 4. 7. 2017, 3 Ob 108/17 d	143

- Außergerichtliche Einigung über Verlängerung einer Widerrufsfrist eines Vergleichs hat keine prozessualen Auswirkungen auf das Anlassverfahren 143
- Rechtsmittel gegen eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Aussageverweigerung möglich 143
- Ansprüche eines Kassenarztes aus einem Rahmenvertrag gelten als fortlaufende Bezüge 143

OGH 25. 10. 2017, 3 Ob 169/17z	• Für Wohnsitz weiterhin Beziehung zwischen Person und ihrem Aufenthalt notwendig	144
OGH 21. 11. 2017, 4 Ob 197/17z	• Zum Rechtszug im Fall der Übertragung der pflegschaftsgerichtlichen Zuständigkeit nach § 111 JN	144
EuGH 15. 6. 2017, C-249/16	• Regressklage unter privaten Kreditnehmern am Bankensitz	145
EuGH 14. 12. 2017, C-66/17	• Kostenentscheidung aus Verfahren um bestrittene Forderung fällt nicht unter EuVTVO	145
EuGH 20. 12. 2017, C-467/16	• LGVÜ: Rechtshängigkeit bereits bei Einleitung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens	145

GESELLSCHAFTSRECHT

Einlagenrückgewähr und Sicherheiten von Gesellschaftern und Dritten Eveline Artmann		146
Der Schadensumfang bei der Insolvenzverschleppungshaftung des GmbH-Geschäftsführers Viktoria H. S. E. Robertson		150
OGH 28. 9. 2017, 8 Ob 57/17s	• Außenhaftung des gewerberechlichen Geschäftsführers – § 39 Abs 1 GewO ist Schutzgesetz (<i>Johannes Reich-Rohrwig</i>)	153
OGH 25. 10. 2017, 6 Ob 250/16g	• Werterhellung oder Wertbeeinflussung	155
OGH 29. 8. 2017, 6 Ob 113/17m	• Keine „umgekehrte Durchgriffshaftung“	156
OGH 29. 8. 2017, 5 Ob 127/17p	• Zum Machtwechsel bei Ausscheiden des Mehrheitsgesellschafters	156

WETTBEWERBS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

Drittplattformverbote im Onlinehandel Johannes Safron		157
OGH 24. 10. 2017, 4 Ob 121/17y	• Sperrverfügung gegenüber Access-Provider – strukturell rechtsverletzende Websites (<i>Adolf Zemann</i>)	161
EuGH 20. 12. 2017, C-291/16	• Erschöpfung bei Parallelmarken (<i>Michael Horak</i>)	162
EuGH 29. 11. 2017, C-265/16	• Urheberrechtliche Beurteilung eines Online-Video-Cloud-Recorders (<i>Markus Albrecht</i>)	164

ARBEITSRECHT

Mutterschafts Austritt während Karenz – Ausschluss der Geltung der Konkurrenzklausel möglich? Erwin Rath		165
Sonderzahlung und Entgeltfortzahlung Ernst Eypeltauer		169
OGH 27. 9. 2017, 9 ObA 54/17g	• Zur Entgeltpauschalierung des Arbeitsüberlassungs-KV	171
OGH 25. 10. 2017, 8 ObA 10/17d	• Anspruch auf den Lohn im Beschäftigterbetrieb für Transitmitarbeiter	173
OGH 28. 9. 2017, 8 ObA 34/17h	• Mangelnde Vordienstzeitenanrechnung reiner Inlandssachverhalt	174

STEUERRECHT

Neue BMF-Info zur Grunderwerbsteuer: keine mittelbare Anteilsvereinigung Erik Pinetz / Wolfgang Siller / Markus Stefaner		176
EuGH-Rechtsprechung zur Umsatzsteuer: Zusammenschlussbefreiung im Banken- und Versicherungssektor unionsrechtswidrig Selina Siller / Karoline Spies / Draga Turić / Stephanie Zolles		178
VwGH 13. 9. 2017, Ro 2017/13/0015	• Umsatzsteuerliche Behandlung von Leistungen einer Schönheitschirurgin (<i>Michael Huber/Max Hatzenbichler</i>)	183
BFG 3. 8. 2017, RV/7100540/2016	• Werbungskostenabzug einer Studienreise eines Richters (<i>Michael Huber/Max Hatzenbichler</i>)	185
BFG 21. 9. 2017, RV/7102214/2017	• Keine Haftung für KESt bei verdeckten Ausschüttungen von Vereinen (<i>Bernhard Renner</i>)	186

ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

Die „Rache“ des Angezeigten Andreas Gerhartl		188
VwGH 16. 10. 2017, Fe 2016/05/0001	• Konkretisierte Alternative im Vollstreckungsbescheid und „Schonungsprinzip“ (<i>Edmund Primosch</i>)	191
VwGH 29. 6. 2017, Ro 2016/04/0012	• Übergang der Gewinnungsberechtigung für grundeigene mineralische Rohstoffe auf neuen Grundeigentümer (<i>Edmund Primosch</i>)	192
VwGH 27. 7. 2017, Ro 2017/07/0003	• Schutz fremder Rechte im Anzeigeverfahren für Erdwärmearbeiten (<i>Edmund Primosch</i>)	192

EUROPA

Neues aus Europa – Aktuelle Rechtsetzung und Entscheidungen der EU Ulrike Giera / Maximilian Hautzenberg / Markus-Florian Rummel		193
Rechtsprechungsübersicht Europäische Gerichte Agnes Balthasar-Wach		195

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beihefter: Insolvenzreport 9/2018

ZInsO-Aufsätze

„Kaltelisting“ – Versuch einer ersten Näherung an ein Rechtsanwendungsproblem von Professor Dr. Stefan Smid, Kiel	489
Der Insolvenzplan lebt! – Die Rechtsprechung der letzten Jahre zur gerichtlichen Vorprüfung des Insolvenzplans von Rechtsanwalt Dr. Jasper Stahl Schmidt, Düsseldorf	494
Anfechtbare Rechtshandlungen nach § 133 Abs. 1 InsO bei erfolgreicher Zwangsvollstreckung in Bankkonten? von Rechtsanwalt Dr. Michael Pießkalla, LL.M. Eur., München	501

Meinung im Klartext

Vergütungen in Insolvenzen: Transparenz mit zweierlei Maß von Thorsten Garber, Wiesbaden	508
---	-----

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts	510
--	-----

ZInsO-Rechtsprechungsreport

• Insolvenzrecht

Fruchtloses monatelanges Beitreiben einer Forderung und Ankündigung von Teilzahlungen nach Erlass eines Vollstreckungsbescheids als kumulierende Beweiszeichen BGH, Urt. v. 18. 1. 2018 – IX ZR 144/16	511
Keine Anspruchsminderung wegen fahrlässigen Mitverschuldens des Geschädigten bei einer Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 Abs. 1 StGB BGH, Urt. v. 19. 12. 2017 – VI ZR 128/16	515
Haftung mehrerer Schädiger aus Falschberatung als Gesamtschuldner BGH, Urt. v. 7. 12. 2017 – IX ZR 25/17	518
Unwirksame intransparente Rangrücktrittsklausel in den AGB eines Darlehensvertrages OLG Düsseldorf, Urt. v. 20. 12. 2017 – I-12 U 16/17	522
Anwendbarkeit des neuen Rechts zur Vermögensabschöpfung OLG Stuttgart, Beschl. v. 25. 10. 2017 – 1 Ws 163/17	527
Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters gegenüber einer Ortskrankenkasse in Niedersachsen VG Hannover, Urt. v. 12. 12. 2017 – 10 A 2866/17	529
Zugehörigkeit von aufschiebend bedingten Forderungen zu den Insolvenzforderungen; Einordnung von nach Eröffnung begründeten Ansprüchen als sog. Neuforderungen; Zuordnung von Widerspruchsgebühren für ein vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens eingeleitetes Vorverfahren zu den Neuforderungen; Zwangsvollstreckung aus bestandskräftigen Kostenfestsetzungsbescheiden VG Neustadt an der Weinstraße, Urt. v. 17. 11. 2016 – 4 K 232/16.NW	531

• Arbeits- und Sozialrecht

Anfechtbarkeit von im Wege der Zwangsvollstreckung erlangten rückständigen Gehaltszahlungen LAG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 7. 2. 2017 – 8 Sa 321/16	534
--	-----

Kein Rechtsschutzbedürfnis für gerichtliche Zustimmung zur Durchführung von Betriebsänderung bei faktisch begonnener Betriebsstilllegung durch Kündigung sämtlichen Flugpersonals ohne vorherige Verhandlungen mit zuständiger Personalvertretung im Einigungsstellenverfahren („airberlin“) <i>ArbG Berlin, Beschl. v. 21. 12. 2017 – 41 BV 13752/17.</i>	538
• Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung	
Keine Prüfung von Versagungsgründen bereits im Rahmen von § 287a Abs. 1 Satz 1 InsO <i>LG Nürnberg-Fürth, Beschl. v. 13. 7. 2017 – 11 T 4173/17.</i>	546
• Verfahrensrecht	
Zulässiger Verzicht auf Einholung einer dienstlichen Äußerung bei Richterablehnung <i>BGH, Beschl. v. 20. 11. 2017 – IX ZR 80/15.</i>	547
Hinreichende formwahrende Beurkundung der Gründung einer GmbH durch einen schweizerischen Notar <i>KG, Beschl. v. 24. 1. 2018 – 22 W 25/16.</i>	547
• Vergütungsrecht	
Bemessungsgrundlage für die Vergütung des Treuhänders <i>LG Ingolstadt, Beschl. v. 6. 4. 2017 – 21 T 1767/16.</i>	551

„Mit dieser Ausgabe verteilen wir je eine Beilage des Verlages Dr. Otto Schmidt und der Tesch-Kanzlei.

Wir bitten um freundliche Beachtung.“

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brinkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Notthoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Carl Heymanns Verlag

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink

Telefon: (02 21) 9 43 73-77 19

E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (02 21) 9 43 73-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Manuskripte erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Nikola Hölter, Kathrin Gehrlein

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69

E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

(monatlich im Voraus): € 62,40

Preis für das Einzelheft: € 27,00

Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 1615-8032

In Kooperation mit:
bitkom e.V.
davit im DAV
eco e.V.
VPRT e.V.

M | DB-Z 95

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

MultiMedia und Recht

Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht

Herausgeber: Dr. Astrid Auer-Reinsdorff · Prof. Dr. Oliver Castendyk · Prof. Dr. Nikolaus Forgó · Prof. Dr. Sibylle Gierschmann · Prof. Dr. Reto M. Hilty · Prof. Dr. Thomas Hoeren · Prof. Dr. Bernd Holznapel · Wolfgang Kopf · Prof. Dr. Marc Liesching · Prof. Dr. Peter Raue · Prof. Dr. Alexander Roßnagel · Prof. Dr. Joachim Scherer · Dr. Raimund Schütz · Prof. Dr. Ulrich Sieber · Prof. Dr. Louisa Specht · Dr. Axel Spies · Prof. Dr. Gerald Spindler

AUS DEM INHALT

- | | | |
|---------------------------------------|------------|--|
| Brexit | 53 | THOMAS HOEREN Datenschutz: Jetzt wird's ernst – Großbritannien wird Drittland |
| Automatisierte Rechtsdienstleistungen | 55 | JAN MAX WETTLAUER Vertragsgestaltung, Legal Techs und das Anwaltsmonopol |
| Teilautonome Computerprogramme | 58 | VIKTOR VOLKMANN Hate Speech durch Social Bots |
| Frequenzzuteilung | 63 | THOMAS FETZER Diensteanbieterverpflichtung für Mobilfunknetzbetreiber |
| Verkehrssicherheit | 68 | INGO E. FROMM Neue Regeln für mobile Endgeräte nach § 23 Abs. 1a, 1b StVO |
| Rundfunkfinanzierung | 72 | MATTHIAS SPRIßLER Der aktuelle Rundfunkbeitrag – Kollision mit Grundgesetz und Europarecht? |
| Internetkauf | 77 | EuGH: Selektiver Vertrieb von Luxuskosmetika – Coty Germany m. Anm. Hoeren |
| Öffentliche Wiedergabe | 80 | EuGH: Unzulässigkeit von Online-TV-Recordern ohne Zustimmung des Fernsehsenders m. Anm. Berberich |
| Fernabsatzgeschäft | 84 | BGH: Widerruf eines Online-Matratzenkaufs m. Anm. Sesing / Baumann |
| Dokumentation der Systemarchitektur | 100 | OLG Frankfurt/M.: Vergütungsanspruch für Softwareentwicklung im SCRUM-Verfahren |
| Absatzförderung | 106 | LG Hagen: Kennzeichnungspflichten und Werbeverbote im Influencer Marketing m. Anm. Laoutoumai / Heins |

www.mmr.de

2/2018

Seiten 53–124
21. Jahrgang · 15. Februar 2018
Verlag C.H.BECK München



1850201802

Brexit	Editorial
	53 THOMAS HOEREN Datenschutz: Jetzt wird's ernst – Großbritannien wird Drittland
Automatisierte Rechtsdienstleistungen	Beiträge
	55 JAN MAX WETTLAUER Vertragsgestaltung, Legal Techs und das Anwaltsmonopol. Bewertung von Angeboten automatisierter Vertragsgestaltung durch das RDG
Teilautonome Computerprogramme	58 VIKTOR VOLKMANN Hate Speech durch Social Bots. Strafrechtliche Zurechnung von Volksverhetzungen gem. § 130 Abs. 1 StGB
Frequenzzuteilung	63 THOMAS FETZER Diensteanbieterverpflichtung für Mobilfunknetzbetreiber. Rechtmäßigkeit der Auferlegung bei Frequenzneuvergabe
Verkehrssicherheit	68 INGO E. FROMM Neue Regeln für mobile Endgeräte nach § 23 Abs. 1a, 1b StVO. Ablenkung des Fahrzeugführers durch Informations-, Kommuni- kations- und Unterhaltungsmittel
Rundfunkfinanzierung	72 MATTHIAS SPRIBLER Der aktuelle Rundfunkbeitrag – Kollision mit Grundgesetz und Europarecht? Untersuchung zum gegenwärtigen Beitragssystem
Internetkauf	Rechtsprechung
Öffentliche Wiedergabe	77 EuGH: Selektiver Vertrieb von Luxuskosmetika – Coty Germany Urteil vom 6.12.2017 – C-230/16 m. Anm. Hoeren
Fernabsatzgeschäft	80 EuGH: Unzulässigkeit von Online-TV-Recordern ohne Zustimmung des Fernsehsenders Urteil vom 29.11.2017 – C-265/16 – VCAST Limited/RTI SpA m. Anm. Berberich
Werbeverbot	84 BGH: Widerruf eines Online-Matratzenkaufs Beschluss vom 15.11.2017 – VIII ZR 194/16 m. Anm. Sesting / Baumann
Webanalysedienst	88 BGH: Tabakwerbung im Internet Urteil vom 5.10.2017 – I ZR 117/16
Löschungsanspruch	90 BGH: Vorlage an EuGH zur Verwendung personenbezogener Daten – Cookie-Einwilligung Beschluss vom 5.10.2017 – I ZR 7/16
Domainname	93 BGH: Pflicht des Providers zur Auskunftserteilung – Sicherung der Drittauskunft Urteil vom 21.9.2017 – I ZR 58/16
	95 BGH: Verbrauchergerichtsstand bei Werbung auf mehrsprachiger Internetseite Urteil vom 9.2.2017 – IX ZR 67/16



Werbung	98 KG: Kennzeichnungspflicht bei Influencer Marketing Beschluss vom 11.10.2017 – 5 W 221/17
Verwechslungsgefahr	99 OLG Frankfurt/M.: Markenmäßige Benützung einer Bezeichnung mit beschreibendem Anklang Urteil vom 21.9.2017 – 6 U 250/16
Dokumentation der Systemarchitektur	100 OLG Frankfurt/M.: Vergütungsanspruch für Softwareentwicklung im SCRUM-Verfahren Urteil vom 17.8.2017 – 5 U 152/16
Online-Apotheke	102 OLG Naumburg: Widerrufsrecht bei Online-Medikamentenbestellungen Urteil vom 22.6.2017 – 9 U 19/17
Online-Videorecorder	103 OLG München: Abschluss eines Lizenzvertrags über Kabelweiter- sendung Urteil vom 6.4.2017 – 6 Sch 21/16 WG
Absatzförderung	106 LG Hagen: Kennzeichnungspflichten und Werbeverbote im Influencer Marketing Urteil vom 13.9.2017 – 23 O 30/17 m. Anm. Laoutoumai / Heins
lex fori	109 LG München I: Wirksamkeit einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung Urteil vom 11.8.2017 – 33 O 8184/16
Anbieterkennzeichnung	112 LG Trier: Anforderungen an Impressums-Link auf YouTube Urteil vom 1.8.2017 – 11 O 258/16
Videoterminal	112 LG Mosbach: Arzneimittelautomat ist kein Versandhandel Urteil vom 12.7.2017 – 4 O 21/17 KfH
Gegenabmahnung	114 LG Düsseldorf: Verlust eigener Abmahnkosten durch Abwehrklausel auf Internetseite Urteil vom 18.5.2017 – 37 O 82/16
Verkehrsdaten	114 LG Hamburg: Drittauskunftspflicht von PayPal wegen Urheberrechtsverletzung Urteil vom 22.3.2017 – 308 O 480/16
Verwechslungsgefahr	119 LG Berlin: Keine unberechtigte Namensanmaßung durch berlin.com-Domain Urteil vom 27.2.2017 – 3 O 19/15
Digitale Zeitschriften	122 LG Köln: Vertragswidrige kommerzielle Nutzung von ePapers Urteil vom 12.1.2017 – 14 O 353/15
Privatsphäre	123 AG Bonn: E-Mail-Kontakte zu Werbezwecken Urteil vom 1.8.2017 – 104 C 148/17
Eigentumserwerb	124 AG München: Kein Anspruch des Finders auf Freischaltung eines iPhones Urteil vom 24.7.2017 – 213 C 7386/17

III Inhalt

V–XI MMR-Fokus

XI Impressum

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen von:

Verlag C.H.BECK, München

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

NJW

Neue Juristische Woche

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z17A+BeC.

In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Mit Beilage:
NJW-Spezial Heft 4/2018

Aus dem Inhalt

- K. Mediger*
Die Abdingbarkeit der Mängelhaftung beim Rückgriff des
Verkäufers in AGB 577
- M. Schaltke*
Ausstrahlungen des Versicherungsfalls auf Leistungs-
versprechen und Risikoausschlüsse 581
- S. Herrler*
Berichtigungsmöglichkeiten bei fehlenden Pflichtangaben
in der Hauptversammlungsniederschrift 585
- S. Sajuntz*
Die Entwicklung des Presse- und Äußerungsrechts 589
- H. Plewka*
Die Entwicklung des Steuerrechts 595
- BGH
Rechtsberatung durch einen für die Beratungsgesellschaft
tätigen Rechtsanwalt 608
- BGH
Stichtag für Auskunft im Zugewinnausgleich bei
verfrühtem Scheidungsantrag 610
- BGH
Ausgleichsanspruch bei Verspätung eines Ersatzflugs
(Anm. K. Tonner) 616
- OLG Düsseldorf
Mitverschuldensabzug für fehlende Planung (Anm. W. Zepp) 627
- OLG Frankfurt a.M.
Haftung eines Waschanlagenbetreibers (Anm. C. König) 637


C.H. BECK

9/2018

22. Februar 2018
71. Jahrgang S. 577-656
www.njw.de

Aus NJW-aktuell

Interview

Wichtiges Signal für
den Rechtsstaat

Ausbildung

Verschundene
Jurastudenten

Report

Sozialticket statt
Gefängnis



0150201809

INHALT

Aufsätze

Kai Mediger

Die Abdingbarkeit der Mängelhaftung beim Rückgriff des Verkäufers in AGB 577

Die Reform des Bauvertragsrechts beinhaltet auch eine Neuregelung zur kaufrechtlichen Mängelhaftung. Für Bauunternehmer, Zwischenhändler und Hersteller von Baumaterial stellt sich die Frage, ob diese neuen Bestimmungen in AGB ausgeschlossen oder beschränkt werden können. Hierzu nimmt der Beitrag Stellung.

Markus Schaltke

Ausstrahlungen des Versicherungsfalls auf das Leistungsversprechen und Risikoausschlüsse in der Rechtsschutzversicherung 581

Der Beitrag erörtert anhand verschiedener Praxisbeispiele die weitreichenden Auswirkungen einer neuen Rechtsprechung zur Frage, ob die vom Versicherungsnehmer beabsichtigte Interessenwahrnehmung dem Leistungsversprechen des Rechtsschutzversicherers unterfällt und ob sie von einem Leistungsausschluss erfasst wird.

Zur Rechtsprechung

Sebastian Herrler

Berichtigungsmöglichkeiten bei fehlenden Pflichtangaben in der Hauptversammlungsprotokollniederschrift (BGH, NJW 2018, 52) 585

Bericht

Sascha Sajuntz

Die Entwicklung des Presse- und Äußerungsrechts im Jahr 2017 589

Harald Plewka

Die Entwicklung des Steuerrechts im zweiten Halbjahr 2017 595

Buchbesprechungen

Bengel / Reimann: Handbuch der Testamentsvollstreckung (Maximilian Zimmer) • 601
Merkt / Probst / Fink: Rechnungslegung nach HGB und IFRS (Joachim Hennrichs) •
Bülow: Recht der Kreditsicherheiten (Robert Korves) • **Slizyk: Schmerzensgeld** (Winfried Born)

NJW-aktuell

Editorial Tödliche Gewalt gegen sich selbst R. Merkel	3	Interview Wichtiges Signal für den Rechtsstaat S. Detjen	12	Report Sozialticket statt Knast J. Jahn	19
Agenda	6	Leserforum Bekämpfung unseriöser Inkassos D. Ulbricht	15	Rubrikenmarkt	23
Meldungen/Kolumne	7	Aus der Anwaltschaft Die Anwaltschaft im Koalitionsvertrag S. Göcken	16	web.report	32
Gesetzgebung	8	Ausbildung & Karriere Wem das Studium zur Qual wird J. Jahn	17	Stellenmarkt	33
• Rechtsprechung in Kürze	8			Beck'sche Zeitschriften	42
Entscheidung der Woche	9			Buchhinweise	44
				Personalien	46
				Heftvorschau/Impressum	48

INHALT

Rechtsprechung

Europäische Gerichte		BGH 20.06.17 – VI ZB 55/16 Rechtsanwalt und seine Anwalts- gesellschaft als Streitgenossen (Ls.)	626
EuGH 18.01.18 – 270/16 Kündigung wegen Krankheit als Diskriminierung	603	OLG Düsseldorf 16.06.17 – 22 U 14/17 Mitverschuldensabzug für fehlende Planung (Anm. W. Zepp)	627
Verfassungsgerichte		OLG Frankfurt a.M. 14.12.17 – 11 U 43/17 Haftung eines Waschanlagenbetreibers (Anm. C. König)	637
BVerfG 06.10.17 – 2 BvR 987/16 Pflicht zur Vorlage an den EuGH – Auslegung der Fluggastrechte-Verordnung	606	OLG Schleswig 27.02.17 – 4 U 19/16 Annahme eines gerichtlich vorgeschlagenen Vergleichs – Keine Rücknahme oder Widerruf	638
Zivilgerichte		Strafgerichte	
BGH 07.12.17 – IX ZR 45/16 Rechtsberatung durch einen für die Beratungs- gesellschaft tätigen Rechtsanwalt	608	BGH 28.09.17 – 4 StR 240/17 Ausschluss der Öffentlichkeit bei Schluss- plädoyers – Einheitlicher Verfahrensbegriff	640
BGH 13.12.17 – XII ZB 488/16 Stichtag für Auskunft im Zugewinnausgleich bei verfrühtem Scheidungsantrag	610	OLG Oldenburg 04.12.17 – 2 Ss (OWi) 152/17 Rechtsmissbräuchlicher Entbindungsan- trag eines Verteidigers – Gehörsrügenfalle	641
BGH 20.12.17 – XII ZB 333/17 Ende der Vormundschaft für einen unbegleitet eingereisten Minderjährigen aus Guinea	613	Verwaltungsgerichte	
BGH 10.10.17 – X ZR 73/16 Ausgleichsanspruch bei Verspätung eines Ersatz- flugs (Anm. K. Tonner)	616	OVG Münster 28.09.17 – 16 A 980/16 Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	643
BGH 17.10.17 – VI ZR 477/16 Bundesagentur für Arbeit kein Sozialversicherungs- träger	618	OVG Lüneburg 29.11.17 – 12 ME 197/17 Verstöße gegen verkehrsrechtliche Vorschriften und materiell-rechtlicher Tatbegriff (Ls.)	647
BGH 11.04.17 – VI ZR 576/15 Voraussetzungen eines Teilurteils – Befund- erhebungs- und Aufklärungsfehler	621	Arbeitsgerichte	
BGH 21.11.17 – VI ZR 436/16 Voraussetzungen eines Teilurteils – Amtshaftungs- klage gegen Streitgenossen	623	BAG 24.08.17 – 8 AZR 265/16 Verwirkung des Widerspruchsrechts – Wider- spruchslose Weiterarbeit über sieben Jahre	647
BGH 25.10.17 – IV ZB 22/16 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Mittellosigkeit (Ls.)	624	Sozialgerichte	
BGH 26.10.17 – V ZB 188/16 Erstattungsfähigkeit der Mehrkosten bei Anwalts- wechsel im Hauptsacheverfahren	625	BSG 13.07.17 – 4 AS 17/16 Aufrechterhaltung des Aufenthaltsrechts als Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit	653
		BSG 12.10.17 – 4 AS 34/16 Anrechnung von Lebensmittelgutscheinen bei Nachzahlung nach Sanktionsaufhebung (Ls.)	656

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 4/2018

Miet- und Immobilienrecht
Mieters Eilrechtsschutzeffekt als Haftungs-Bumerang

Familienrecht
Bedarfsermittlung bei hohem Einkommen und Auskunftspflicht

Verkehrsrecht
Schätzung objektiv erforderlicher Sachverständigenkosten

Baurecht
Kündigung wegen Nichteinhaltung von Ausführungsfristen

Gesellschaftsrecht
Keine actio pro socio gegen Nichtgesellschafter

Arbeitsrecht
Aktuelles zur Scheinselbstständigkeit

Strafrecht
Staatstrojaner im Einsatz

Verfahrens- und Kostenrecht
Anwaltswechsel zwischen Mahnverfahren und streitigem Verfahren

Anwalt und Kanzlei
Anwaltliche Pflichten nach dem Geldwäschegesetz

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten

Februar 2018 / Heft 1, Seiten 1-116 (6. Jahrgang)

- 1 Editorial: Das Datenschutzjahr 2018
4 Kurznachrichten und -beiträge (zusammengestellt von Peter Burgstaller)

Aufsätze

- 8 Die betriebliche Videoüberwachung als Anwendungsfall des Beschäftigtendatenschutzes
heute und morgen
Clemens Thiele

Judikaturspiegel

- 14 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer,
deutscher und europäischer Spruchkörper (ZIIR-Slg 2018/1 – 2018/17)

Judikatur

- 18 Datenschutzrecht
47 E-Commerce Recht
65 Lauterkeits- und Immaterialgüterrecht
87 Persönlichkeits- und Medienrecht

EuGH Vorlagefragen

Service-Teil

Herausgeberredaktion: P. Burgstaller, C. Thiele
Herausgeber: E. Artmann, T. Höhne, G. König, A. Wiebe

INHALT

EDITORIAL

- 1 Das Datenschutzjahr 2018

KURZNACHRICHTEN UND -BEITRÄGE

- 4 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen zum Informationsrecht
Peter Burgstaller
- 6 Die Sicherheitslücken Spectre und Meltdown – Problemaufriss
Harald Lampesberger

AUFSÄTZE

- 8 Die betriebliche Videoüberwachung als Anwendungsfall des Beschäftigtendatenschutzes heute und morgen
Clemens Thiele

JUDIKATURSPIEGEL

- 14 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer, deutscher und europäischer Spruchkörper (ZiIR-Slg 2018/1 – 2018/17)

JUDIKATUR

DATENSCHUTZRECHT

- 18 OGH: Datenverwendung im Rahmen der Verfahrensgesetze zulässig
OGH Urteil vom 26.9.2017, 6 Ob 137/17s – *Datenverwendung in Kontaktrechtsverfahren* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 21 VwGH: Nicht-Vorlage einer Betriebsvereinbarung schließt Registrierung einer betrieblichen Videoüberwachung idR aus
VwGH Erkenntnis vom 23.10.2017, Ro 2016/04/0051 – *Videoüberwachung Unternehmenszentrale II*
- 28 VwGH: Auskunftspflicht einer Gemeinde über gezahlte Anwaltshonorare
VwGH Erkenntnis vom 18.8.2017, Ra 2015/04/0010 – *Auskunft über Anwaltshonorare* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 32 DSB: Die Auskunftspflicht in Telekommunikationsangelegenheiten richtet sich ausschließlich nach dem TKG 2003
DSB Bescheid vom 27.3.2017, DSB-D122.616/0006-DSB/2016 – *Standortdaten eines Mobilfunkbetreibers* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 37 EuGH: Schriftliche Antworten einer Steuerberaterprüfung als personenbezogene Daten
EuGH Urteil vom 20.12.2017, C-434/16 – *Nowak/Irland* (Anmerkung von Clemens Thiele)

E-COMMERCE RECHT

- 47 OGH: Sperrverfügungen gegen Access-Provider (BitTorrent)
OGH Beschluss vom 24.10.2017, 4 Ob 121/17y – *BitTorrent*
- 55 VfGH: Rücktrittsrecht im Fernabsatz verfassungskonform
VfGH Erkenntnis vom 12.10.2017, G 52/2016 – *Rücktrittsrecht im Fernabsatz* (Anmerkung von Clemens Thiele)

LAUTERKEITS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

- 65 OGH: Zur Beweislastverteilung bei Doppelschöpfungen
OGH Urteil vom 26.9.2017, 4 Ob 156/17w – *Alkohol im Straßenverkehr* (Anmerkung von Clemens Thiele)

- 70 OLG Wien: „Bauanwalt“ als irreführende Bezeichnung
OLG Wien Urteil vom 11.7.2017, 133 R 30/17k – *Bauanwalt* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 74 EuGH: Fernsehprogrammkopien in der Cloud als öffentliche Wiedergabe
EuGH Urteil vom 29.11.2017, C-265/16 – *VCAST Ltd./RTI SpA* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 77 EuGH: Stärkung für selektive Verkaufssysteme beim Internetvertrieb
EuGH Urteil vom 6.12.2017, C-230/16 – *Coty Germany* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 81 EuGH: Online-Abbildung von designrechtlich geschützten Produkten im Zubehörhandel fällt unter Zitierfreiheit
EuGH Urteil vom 27.9.2017, C-24/16, C-25/16 – *Nintendo/BigBen Interactive* (Anmerkung von Clemens Thiele)

PERSÖNLICHKEITS- UND MEDIENRECHT

- 87 OGH: Zur Verwendung eines Lichtbilds in einer Fernsehreportage
OGH Urteil vom 26.9.2017, 4 Ob 81/17s – *Erschossener Wilderer* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 91 OGH: Wegweisung wegen Überwachen und Ausspionieren der Telefonkontakte und WhatsApp-Kommunikation des Ehegatten
OGH Beschluss vom 18.10.2017, 7 Ob 151/17g – *WhatsApp-Kommunikation* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 95 EuGH: Gerichtszuständigkeit bei Online-Verleumdung von Unternehmen
EuGH Urteil vom 17.10.2017, C-194/16 – *Bolagsupplysningen und Ilsjan/Svensk Handel* (Anmerkung von Clemens Thiele)

EuGH VORLAGEFRAGEN

SERVICE-TEIL

- 109 Rezensionen
- 111 Bücherliste
- 112 Herausgeberredaktion / Herausgeber / Beirat
- 113 Autoren
- 114 Impressum

Zitierbeispiele:

Heft 1/2013 – Heft 2/2015:

Burgstaller, ZIR 2015, 25; ZIR-Slg 2015/61, 143

Heft 3/2015 ff:

Burgstaller, ZIIR 2015, 233; ZIIR-Slg 2015/62, 273

WWM**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN****Zeitschrift
für Wirtschafts-
und Bankrecht****7**17. Februar 2018
72. Jahrgang
Seiten 301-352**Redaktion:**Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Arne Wittig,
Essen**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinRechtsanwältin
Dr. Anna Heidelbach,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
HamburgRichter am BGH
Dr. Hans-Ulrich Joeres,
KarlsruheRichterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV**

Postverlagsort Frankfurt a. M.

AUS DEM INHALT:

Seite 301

Dr. Heinrich Schoppmeyer, Richter am BGH, Karlsruhe
Rechtssystematische Überlegungen zum Insolvenzanfech-
tungsrecht nach der Reform – 11 Thesen und eine Schluss-
folgerung –
– Teil I –

Seite 308

Wiss. Mitarbeiter Dr. Victor Klene, Hamburg
Corporate Social Responsibility – Richtlinie, Umsetzung und
Konsequenzen

Seite 314

EuGH, 7.2.2018 – Rs. C-304/16
Auslegung von Art. 1 Abs. 5 Verordnung (EU) 2015/751 dazu,
ob bei Vereinbarung zwischen einem Co-Branding-Partner
und einem Drei-Parteien-Kartenzahlverfahren der Co-Brand-
ing-Partner als Emittent handeln muss

Seite 321

EuGH, 7.2.2018 – Rs. C-643/16
Auslegung von Art. 35 Abs. 2 Unterabs. 1 Buchst. b Richtlinie
(EU) 2015/2366 zur Anwendbarkeit auf ein Drei-Parteien-Kar-
tenzahlverfahren, das eine Vereinbarung über Co-Branding
mit einem Co-Branding-Partner abgeschlossen hat

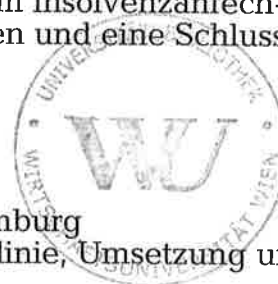
Seite 328

BGH, 25.1.2018 – IX ZR 299/16
Zum Wegfall der Gläubigerbenachteiligung, wenn der Dar-
lehensgeber, dessen Forderung der Schuldner durch Barzah-
lung erfüllt hat, dem Schuldner erneut Barmittel zu gleichen
Bedingungen wieder zur Verfügung stellt

Seite 343

BGH, 9.11.2017 – IX ZR 319/16
Zur Frage, wem gegenüber die Deckungsanfechtung von
Zahlungen möglich ist, die ein Schuldner an die Betreiberin
des Systems zur Erhebung der Lkw-Maut im Guthaben-
abrechnungsverfahren erbracht hat

DB-Z 187



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Dr. Heinrich Schoppmeyer, Richter am BGH, Karlsruhe				
Rechtssystematische Überlegungen zum Insolvenzanfechtungsrecht nach der Reform – 11 Thesen und eine Schlussfolgerung – – Teil I –				301
Wiss. Mitarbeiter Dr. Victor Klene, Hamburg				
Corporate Social Responsibility – Richtlinie, Umsetzung und Konsequenzen				308

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

EuGH	7.2.2018	Rs. C-304/16*	Auslegung von Art. 1 Abs. 5 Verordnung (EU) 2015/751 dazu, ob bei Vereinbarung zwischen einem Co-Branding-Partner und einem Drei-Parteien-Kartenzahlverfahren der Co-Branding-Partner als Emittent handeln muss	314
EuGH	7.2.2018	Rs. C-643/16*	Auslegung von Art. 35 Abs. 2 Unterabs. 1 Buchst. b Richtlinie (EU) 2015/2366 zur Anwendbarkeit auf ein Drei-Parteien-Kartenzahlverfahren, das eine Vereinbarung über Co-Branding mit einem Co-Branding-Partner abgeschlossen hat	321
Bundesgerichtshof	25.1.2018	IX ZR 299/16	Zum Wegfall der Gläubigerbenachteiligung, wenn der Darlehensgeber, dessen Forderung der Schuldner durch Barzahlung erfüllt hat, dem Schuldner erneut Barmittel zu gleichen Bedingungen wieder zur Verfügung stellt	328
LG Frankfurt a.M.	21.12.2017	2-10 O 177/17*	Zur Wirksamkeit von Preisklauseln in AGB einer Bank	330

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	14.9.2017	I ZB 9/17	Unzulässigkeit einer Beschwerde in einer Zwangsvollstreckungssache, wenn die Beschwerde im Zeitpunkt der Entscheidung nicht mehr gegeben ist; keine Berücksichtigung der Kostenlast als Beschwer, wenn Hauptsache Gegenstand der Beschwerde ist	331
Bundesgerichtshof	11.10.2017	I ZB 96/16	Zur Auslegung einer im einstweiligen Verfügungsverfahren ausgesprochenen Verpflichtung zur Unterlassung einer Handlung (hier: eines Vertriebsverbots), durch die ein fort-dauernder Störungszustand geschaffen wurde; keine unzulässige Vorwegnahme der Hauptsache, wenn der Schuldner eines Vertriebsverbots seine Abnehmer aufzufordern hat, die erhaltenen Waren im Hinblick auf die einstweilige Verfügung vorläufig nicht weiterzuverbreiten	332
Bundesgerichtshof	11.10.2017	I ZB 12/17	Grundsätzlich Ausschluss der Mitglieder des Vertretungsorgans der Parteien vom Amt des Schiedsrichters	337
Bundesgerichtshof	8.12.2017	V ZR 82/17	Zur Pflicht des Verwalters einer Wohnungseigentümergeinschaft, die bevorrechtigten Hausgeldansprüche der Gemeinschaft in dem Zwangsversteigerungsverfahren anzumelden, das ein Dritter in das Sondereigentum eines Wohnungseigentümers betreibt	340
Bundesgerichtshof	9.11.2017	IX ZR 319/16	Zur Frage, wem gegenüber die Deckungsanfechtung von Zahlungen möglich ist, die ein Schuldner an die Betreiberin des Systems zur Erhebung der Lkw-Maut im Guthabenabrechnungsverfahren erbracht hat (Ergänzung von BGH WM 2013, 2142)	343